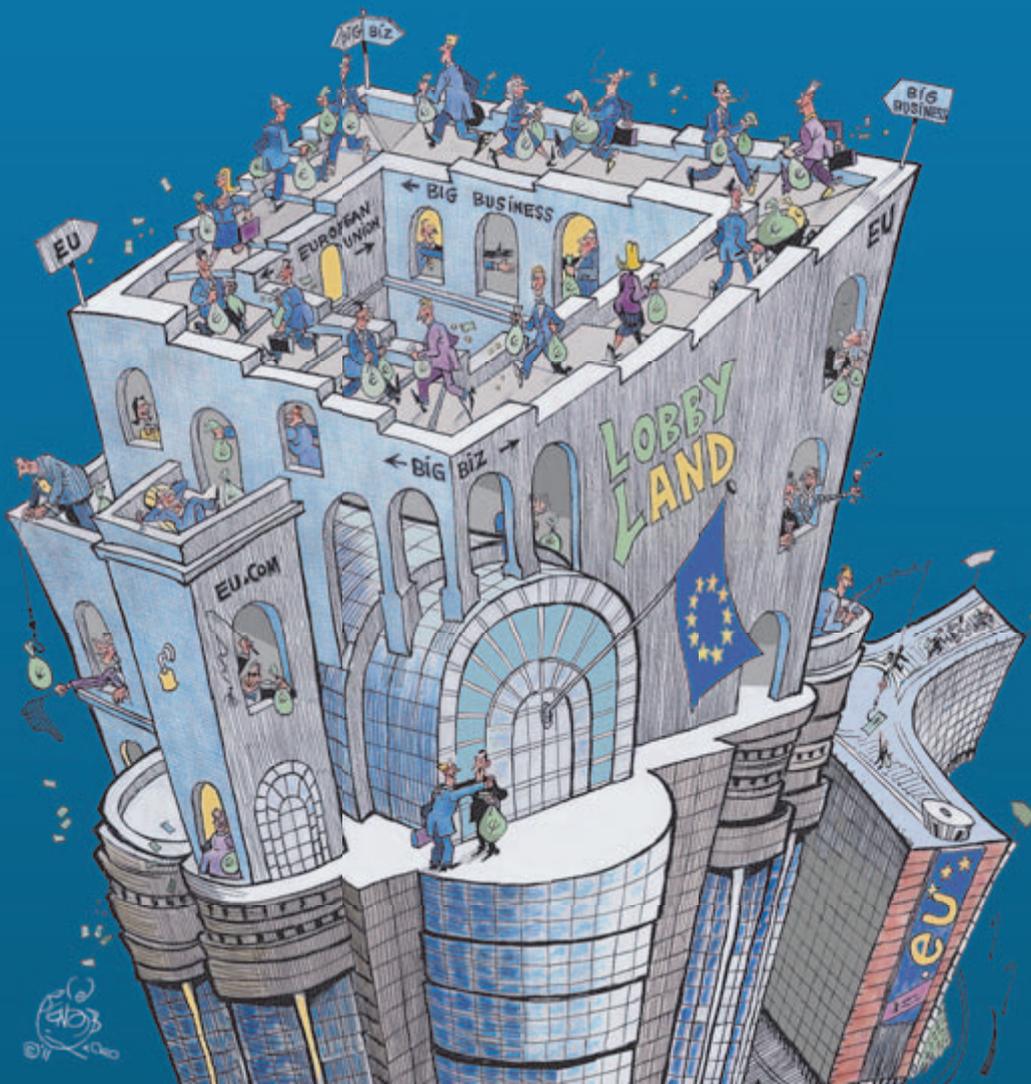


lobby planet

NEU-
AUSGABE

Das EU-Viertel



Über diesen Stadtführer

Dieser Stadtführer bietet Ihnen einen Einblick in die sonst schwer durchschaubare Welt des Lobbyismus in Brüssel. Der LobbyPlanet Brüssel erschien erstmals 2004. Die vorliegende Ausgabe ist vollständig überarbeitet und aktualisiert. Sie bietet einen Überblick über Lobbyakteure und -strategien in Brüssel und erstmals besondere Rundgänge zu einzelnen Branchen: der Finanzlobby, den Energiekonzernen und Luftverschmutzern und der Lebensmittel- und Agrarindustrie.

An einigen Stellen verweist die Broschüre auf weitergehende Informationen in der Lobby-Datenbank Lobbypedia. Sie können den jeweiligen Begriff einfach unter www.lobbypedia.de nachschlagen oder Sie scannen den QR-Code mit ihrem Smartphone.



LobbyControl ist eine gemeinnützige Initiative, die über Lobbyismus, Denkfabriken, Meinungsmache und PR in Deutschland und der EU aufklärt. LobbyControl bringt Licht in die Hinterzimmer und streitet für eine lebendige und transparente Demokratie. Zusammen mit CEO engagiert sich LobbyControl in der Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regeln (ALTER-EU) – mehr dazu im Schlusskapitel.

LobbyControl e.V.

Friedrichstr. 63, 50676 Köln Tel. 0221/ 1696507

E-Mail: kontakt@lobbycontrol.de website: www.lobbycontrol.de



Corporate Europe Observatory (CEO) ist eine Recherche- und Kampagnenorganisation, die den privilegierten Einfluss von Konzernen und Lobbygruppen auf die Entscheidungsprozesse der EU aufzeigt. Diese einseitige Einflussnahme von Konzernen führt immer wieder zu politischen Entscheidungen, die die soziale Ungerechtigkeit und die Zerstörung der Umwelt weltweit verstärken.

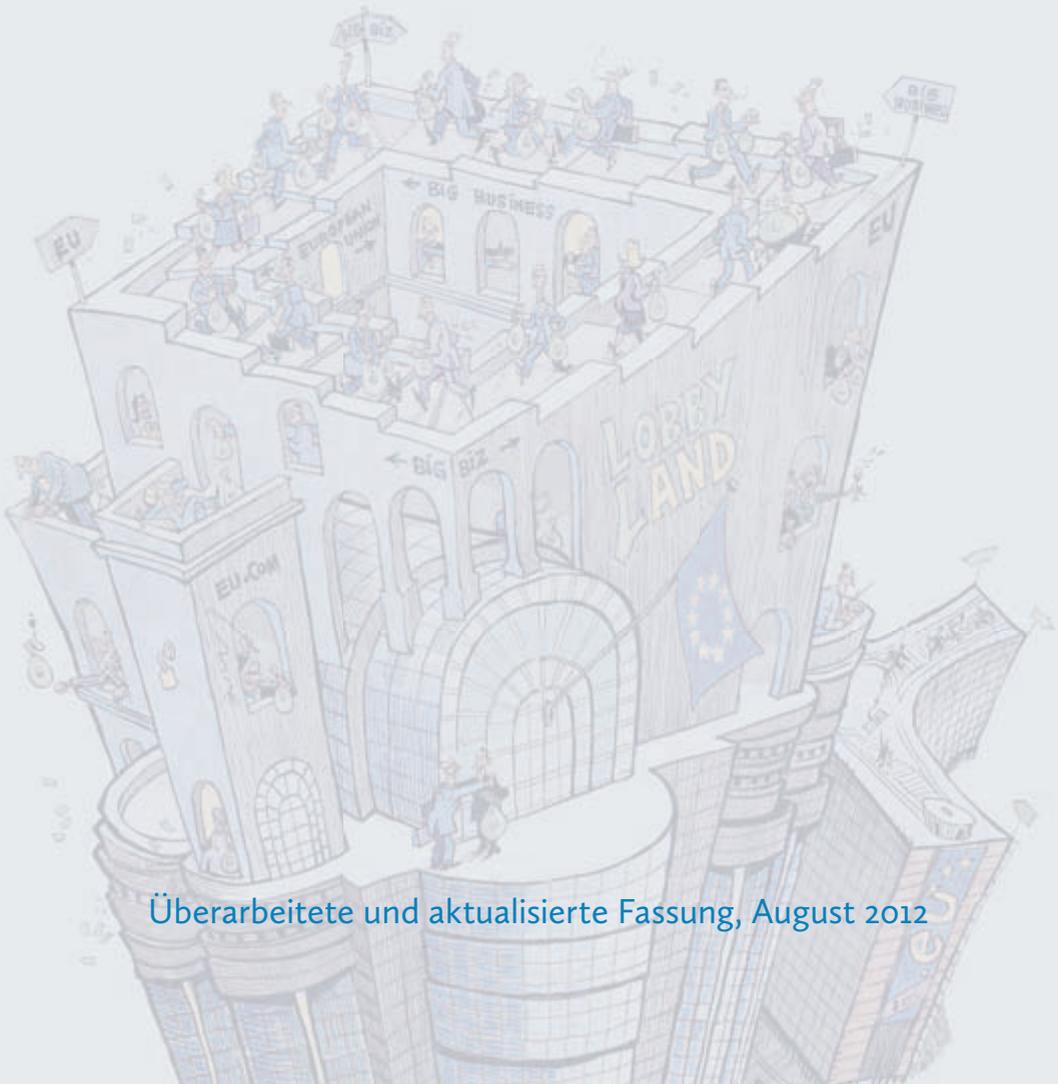
Corporate Europe Observatory (CEO)

Mundo-B, Rue d'Edimbourg 26, 1050 Brussels, Belgium Tel: +32 (0)2 893 0930

email: ceo@corporateeurope.org website: www.corporateeurope.org

lobby planet

Das EU-Viertel



Überarbeitete und aktualisierte Fassung, August 2012

Inhalt

Vorwort	3
Das Brüsseler EU-Viertel	6
Lobbyismus in Brüssel – eine Einführung	7
Die Zielscheiben der Lobbyistinnen und Lobbyisten	12
Rund um den Rond-Point Schuman	19
Rund um den Place du Luxembourg	31
Am Stadtrand	41
Thematische Führungen	
Die Finanzlobby	45
Die Energie- und Verschmutzer-Lobby	51
Die Lebensmittel- und Gentechnik-Lobby	55
Befreiung der EU aus dem Würgegriff der Konzerne	60

Text Corporate Europe Observatory (CEO). Übersetzt und überarbeitet von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie.

Cartoon Deckblatt Khalil Bendib

Fotos Yann Verbeke (www.yannverbeke.com), mit Ausnahme des Fotos auf Seite 47.

Grafik-Design yichalal (www.yichalal.be)

Gedruckt von Pachnicke Druck Göttingen, pachnickedruck.de, auf Recycling-Papier.

Wir bedanken uns bei allen, die an den zugrundeliegenden Recherchen oder anderweitig an diesem Stadtführer beteiligt waren.

Der Inhalt dieses LobbyPlanet Brüssel kann für nicht-kommerzielle Zwecke zitiert oder vervielfältigt werden, jedoch mit Quellenangabe. Sollten Sie den Lobby Planet als (Inspirations-)Quelle nutzen, bitten wir um eine Kopie Ihres Artikels oder Ihrer Publikation.

4. Ausgabe, vollständig überarbeitet und aktualisiert – August 2012.

Gefördert durch die **Bewegungs-** und **BONVENTURE**
stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen

Vorwort

Der LobbyPlanet bietet Ihnen neue Einblicke in die "Hauptstadt" der Europäischen Union: Brüssel. Im EU-Viertel konzentriert sich ein Großteil der politischen Macht Europas. Hier finden sich die Gebäude der wichtigsten EU-Institutionen - aber auch Tausende von Büros derer, die die politischen Entscheidungen der EU beeinflussen möchten. Durch die zunehmende Macht der EU ist Brüssel längst zu einem Magneten für Lobbyistinnen und Lobbyisten geworden. Die neuesten Schätzungen liegen bei 15.000 bis 30.000 Interessenvertretern, die für Unternehmen, Industriezweige, Landwirte, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und sonstige Organisationen arbeiten. Dabei stellen Konzerne, Wirtschaftsverbände und von diesen bezahlte Lobbyagenturen und Denkfabriken den Löwenanteil. Auf ihnen liegt deshalb der Schwerpunkt dieses Stadtführers.

Der LobbyPlanet Brüssel stellt Ihnen einige der einflussreichsten Lobbyakteure der EU vor. Erkunden Sie die Straßen und Plätze sowie die Büros, von denen aus die Lobbyistinnen und Lobbyisten agieren. Lernen Sie ihre vielfältigen und oft umstrittenen Methoden kennen, um politische Entscheidungen zu ihrem Vorteil zu beeinflussen – mit oft massiven Konsequenzen für die Menschen in Europa und auch der restlichen Welt.

2004 erschien der LobbyPlanet Brüssel das erste Mal (2005 auf Deutsch). Damals

öffnete er vielen die Augen für die einseitige Einflussnahme in Brüssel und ärgerte die Lobbyisten, die Kritik nicht gewohnt waren. Seit damals ist eine rege Diskussion über den privilegierten Einfluss der Industrie in der EU in Gange und über den Mangel an Transparenz. Immer mehr Abgeordnete sprechen sich gegen die ständigen Offensiven der Industrielobbyistinnen und -lobbyisten aus, die oft zu verwässerten Sozial- und Umweltgesetzen führen. Transparenz- und Ethikregeln zur Eindämmung des Lobbyismus finden immer mehr Befürworter. Erste Verbesserungen konnten wir durchsetzen, aber der Lobbyismus in Brüssel bleibt ein Problem. Wir hoffen, dass Sie diese neue, überarbeitete Fassung des LobbyPlanet dazu anregt, sich für einen echten Wandel und die Rückeroberung der Demokratie einzusetzen.

Die Broschüre unterteilt das EU-Viertel geografisch und thematisch. Der erste Abschnitt unterteilt das Viertel in zwei Hauptblöcke - die Gegend rund um den Rond-Point Schuman (Rue de la Loi, Avenue de Corthenbergh, Rue Breydel) und jene um den Place du Luxembourg (einschließlich Square de Meeûs, Rue d'Arlon, Rue Montoyer und Parc Léopold). Ein dritter Abschnitt nimmt einige einflussreiche Lobbyisten unter die Lupe, die außerhalb des EU-Viertels sitzen.

Zuletzt folgen drei Themenrundgänge zur Finanzbranche, der Energie- und Verschmutzerlobby und der Lebensmittel- und Gentech-Industrie.



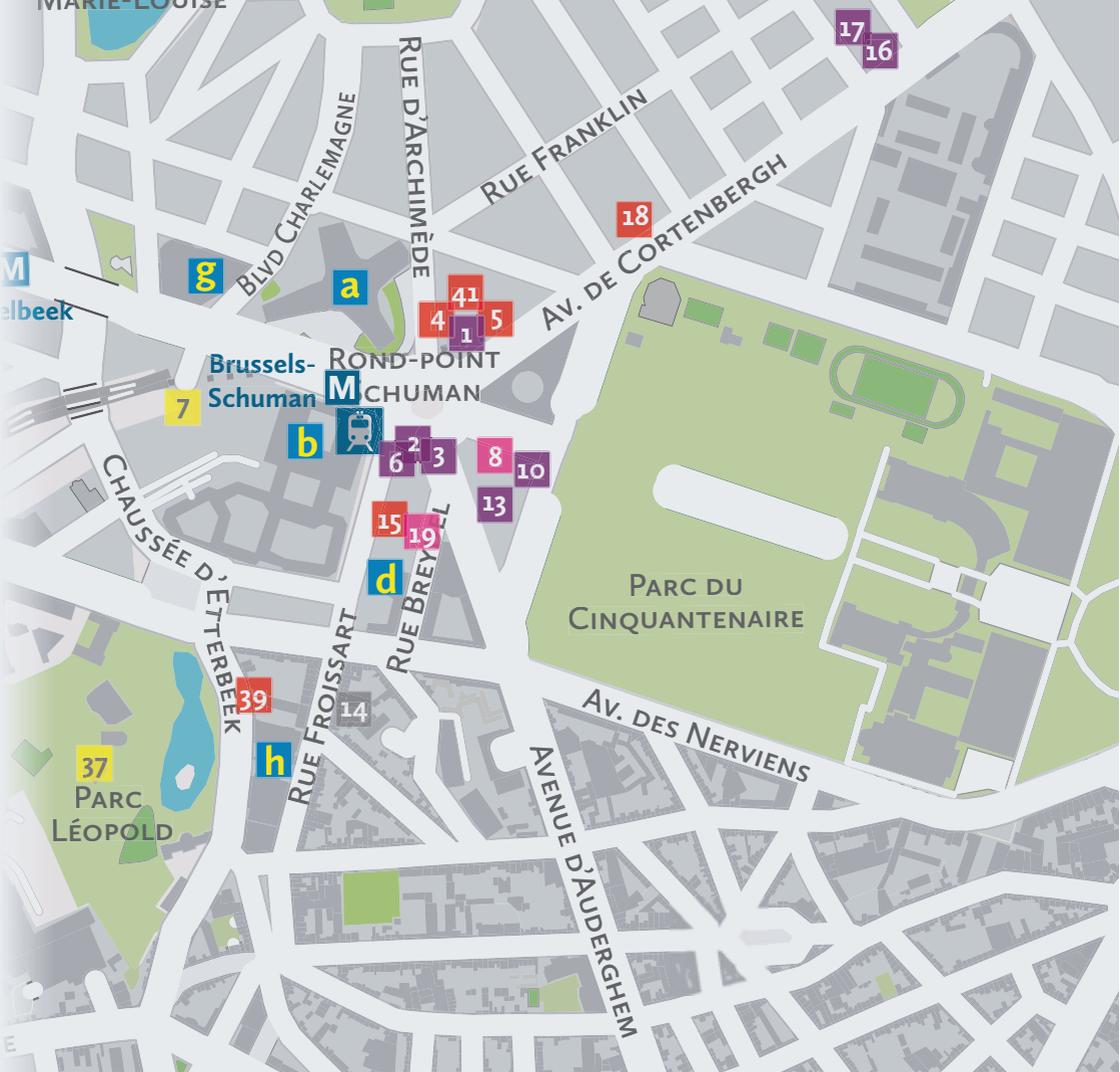
EU-Institutionen::

- a** EU-Kommission (Berlaymont)
- b** Rat der EU (Justus Lipsius)
- c** Europäisches Parlament
- d** GD Gesundheit und Verbraucher
- e** GD Binnenmarkt und Dienstleistungen
- f** GD Forschung und Innovation
- g** GD Handel
- h** Albert Borschette Centre

Die Lobbyakteure::

- 1** European Financial Services Roundtable
- 2** City of London
- 3** US Chamber of Commerce
- 4** BP
- 5** Shell
- 6** Aquafed
- 7** Lisbon Council
- 8** FIPRA
- 9** White & Case
- 10** IETA

- 11** AmCham EU
- 12** FoodDrinkEurope
- 13** FEFC
- 14** European Training Institute
- 15** Daimler
- 16** BusinessEurope
- 17** European Services Forum
- 18** BASF
- 19** Gplus
- 20** ECIPE
- 21** Foratom
- 22** Interel Cabinet Stewart



- | | | |
|---|---|--|
| 23 European Seed Association | 33 European Parliamentary Financial Services Forum | ■ EU-Institutionen |
| 24 Burson-Marsteller | 34 Concert Noble | ■ Unternehmen |
| 25 Fleishman-Hillard | 35 Unilever | ■ Lobbyagenturen/
Public Affairs-Agenturen |
| 26 International Swaps and Derivatives Association | 36 Cabinet DN | ■ Verbände |
| 27 Edelman The Centre | 37 Bibliothèque Solvay | ■ Denkfabriken |
| 28 Deutsche Bank | 38 Bayerische Landesvertretung | ■ Anwaltskanzleien |
| 29 Bank of New York Mellon | 39 Bertelsmann | ■ Regierungsvertretungen |
| 30 APCO Worldwide | 40 Bastion Tower | |
| 31 Hill & Knowlton | 41 Facebook | |
| 32 Europäischer Bankenverband | 42 Corporate Europe Observatory | |

Das Brüsseler EU-Viertel

Brüssel hat seit der Selbsternennung zur Hauptstadt Europas einen starken Wandel erlebt. Das Europa-Viertel, das sich genau östlich des Stadtzentrums befindet, hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert. In dem als "Quartier-Léopold" bekannten Gebiet, in dem einst die Brüsseler Wohlhabenden lebten, traten anstelle der Jugendstil-Architektur Glas- und Stahlblöcke. Die Wohnhäuser wurden durch Büros ersetzt, in denen sich die EU-Institutionen und andere Organisationen – einschließlich der Wirtschaftsverbände, Lobbyagenturen und Rechtsanwaltskanzleien – einmieteten.

Das Brüsseler EU-Viertel besteht im Wesentlichen aus den vier Quadratkilometern zwischen der Avenue des Arts und dem Parc du Cinquantaire. Die Nachfrage nach Büroflächen ist in diesem Viertel nahezu unbegrenzt, und eine Straße mit Wohngebäuden nach der anderen wurde zerstört, um Platz für Bürogebäude zu schaffen. Den lokalen Bewohnern blieb nichts anderes übrig, als abzuwandern. Nur 15.000 Menschen leben heute im EU-Viertel, zahlreiche davon EU-Beamte, Lobbyistinnen und Lobbyisten, die sich die enorm steigenden Mieten leisten können.

Tagsüber arbeiten hier mehr als 85.000 Menschen – und die Straßen sind gesäumt von Bars, Cafés und Restaurants, die Hunger und Durst stillen. Die belgische Elite von vor 100 Jahren, die es genoss, in diesem einst grünen, weitläufigen Wohngebiet, das nach dem Vorbild von Bloomsbury in London errichtet wurde, zu leben, wurde abgelöst von einer EU-Elite, eingeschlossen in Glas und Beton.

Um die EU-Beamten und die Lobbyistinnen und Lobbyisten in Aktion zu sehen, besucht man das Viertel idealerweise um die Mittagszeit. Am Abend und am Wochenende ist das Viertel fast menschenleer.

Wie kommt man dorthin?

Am einfachsten gelangt man mit der U-Bahn-Linie 1 oder 5 in das EU-Viertel und steigt bei Schuman aus. Am Bahnhof Brüssel-Schuman, nahe der Europäischen Kommission und dem Herzen der Lobbykatie, halten Züge. Alternativ befindet sich die Haltestelle Brüssel-Luxembourg nahe des Europäischen Parlaments.

Vergessen Sie Ihren Regenschirm nicht – laut Statistik regnet es in Brüssel durchschnittlich 200 Tage im Jahr. Außerdem kann es im Sommer sehr heiß sein, mit Temperaturen über 35 Grad.

Lobbyismus in Brüssel – eine Einführung



Das Berlaymont-Gebäude in der Rue de la Loi - Hauptsitz der Europäischen Kommission.

Die Anzahl der in Brüssel tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten ist nicht genau bekannt. Schätzungen zufolge sind 15.000 bis 30.000 Menschen damit beauftragt, die Arbeit der EU-Institutionen zu beeinflussen. Zwei Drittel vertreten die Interessen von Unternehmen. Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften sind immer noch stark unterrepräsentiert. Die jährlichen Ausgaben für Lobbyarbeit in Brüssel haben bereits vor langem die Milliardenmarke überschritten; genaue Zahlen sind jedoch auf Grund mangelnder Offenlegungspflichten für Brüssel nicht verfügbar. Brüssel kommt damit in puncto Lobbyaktivität der "Lobbyhauptstadt" der Welt, Washington D.C., nahe. Dort wurden im Jahr 2011 über 3 Milliarden Dollar für Lobbyarbeit ausgegeben, während im selben Jahr 12.655 Lobbyistinnen und Lobbyisten im Washingtoner Lobbyregister eingetragen waren.

Für gewöhnlich wird Lobbyarbeit als das Bestreben definiert, die Gesetzgebung, Politiken oder Bestimmungen gezielt zu beeinflussen, und das in der Regel gegen Bezahlung. Eine enge Definition beschränkt sich auf die direkte Vertretung von Interessen gegenüber Entscheidungsträgern durch jene, die die Gesetzgebung beeinflussen möchten. Ein weiter gefasstes und realistischeres Bild umfasst darüber hinaus Aktivitäten, die der Vorbereitung von direkten Lobbykontakten dienen, z.B. das Erstellen von Positionspapieren und Studien. Dazu kommen Versuche, die öffentliche Debatte mit Hilfe der Medien zu beeinflussen oder den wissenschaftlichen Diskurs durch die Gründung eigener Forschungsinstitute oder die gezielte Förderung wohlgesinnter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verändern.

In der Brüsseler Lobby-Szene tummelt sich eine große Vielfalt an Organisationen und Einzelpersonen.

Die meisten sind so genannte In-House-Lobbyisten. Sie sind direkt bei Konzernen, Gewerkschaften oder anderen Verbänden und Organisationen angestellt, um die Interessen ihrer Arbeitgeber zu vertreten. Rund fünfhundert Großkonzerne verfügen über ein eigenes Lobby-Büro in Brüssel, oft an prestigeträchtigen und teuren Standorten. Dazu gehören BP, Rolls Royce, BASF, E.ON, die Deutsche Bank und viele mehr.

Es gibt mehr als 2.000 Unternehmen, Wirtschafts- und Berufsverbände in Brüssel und mehrere Hundert Lobbyagenturen sowie Rechtsanwaltskanzleien, die Unternehmenskunden beraten und Lobbyaufträge annehmen. Fast jede denkbare Branche verfügt in Brüssel über eigene Lobbyverbände, vom European Bottled Watercooler-Verband bis hin zum europäischen Dachverband der chemischen Industrie (Cefic), der laut eigenen Angaben (Stand Juli 2012) 71 Vollzeit-Lobbyisten in Brüssel beschäftigt und 29.000 Unternehmen vertritt. Diese Branchenverbände leiten die EU-Lobbymaßnahmen und koordinieren die Lobbytätigkeit ihrer Mitglieder – nationale Verbände und Einzelunternehmen.

In-House-Lobbyisten arbeiten oft parallel zu externen Beraterinnen und Beratern, die von Lobby- und PR-Agenturen oder internationalen Rechtsanwaltskanzleien beschäftigt werden und gegen Honorar für ganz verschiedene Kunden arbeiten. Manche dieser "mietbaren" Lobby-Dienstleister sind auf die Wiederherstellung eines beschädigten Images oder auf die Gründung von Tarnorganisationen, so genannten Front Groups, spezialisiert.

Aber auch Denkfabriken und die Medien spielen in der modernen Welt des Lobbyismus eine wichtige Rolle. Medien unterstüt-

zen Lobbyaktivitäten manchmal gezielt, manchmal aus Unachtsamkeit, zum Beispiel, wenn Pressemeldungen von PR-Agenturen oder Studienergebnisse von Denkfabriken unhinterfragt übernommen werden. Denkfabriken treten oft als "neutral" und "objektiv" auf, sind jedoch häufig von Unternehmen finanziert, organisieren in ihrem Auftrag Veranstaltungen und Debatten oder bieten das Verfassen von Studien für Kundinnen und Kunden mit dicker Brieftasche an.

Viele, die im EU-Viertel arbeiten, haben typische EU-Laufbahnen beschritten: Vor einem Wechsel in Lobbyjobs steht oft eine Karriere in der EU-Kommission, bei den Medien oder im Event Management – oder die Karrieren beginnen im Lobby-Bereich und entwickeln sich in die andere Richtung.

Zielgruppen der Lobbyisten

Vorrangige Zielgruppe der Brüsseler Lobbyistinnen und Lobbyisten ist die Europäische Kommission, denn dort entstehen fast alle EU-Gesetze. Mit zunehmender Macht des Europäischen Parlaments jedoch sind auch die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP), also die Abgeordneten, zu einer wichtigen Zielgruppe geworden. So sind aktuell über 2.600 Lobbyistinnen und Lobbyisten (Stand Mai 2012) registriert, die Hausausweise für das Parlament besitzen.

Es gibt viele legitime Gründe dafür, bei Entscheidungen mitreden zu wollen. Aber die Macht des Geldes, gekoppelt mit den komplexen und oft intransparenten Entscheidungsprozessen der EU haben ein Umfeld geschaffen, in dem die Interessen finanzstarker Akteure sehr effektiv in die politische Agenda einfließen können – schwächere Interessen geraten dabei leicht unter die Räder. Dadurch wird Brüssel zu einem Lobbyparadies für Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Das Lobbyregister

Die Europäische Kommission richtete im Juni 2008 im Rahmen der Europäischen Transparenzinitiative (ETI) ein freiwilliges Lobbyregister ein. Unternehmen und Organisationen wurden gebeten, Daten zu ihrer Lobbyarbeit einzutragen, die dann online verfügbar gemacht wurden.

Obwohl dies ein erster Schritt war, schafften die begrenzten Informationen in diesem Register keine wirkliche Transparenz. Lobbyisten, die ihre Aktivitäten nicht öffentlich sichtbar machen wollten, konnten sich einfach entscheiden, sich nicht zu registrieren - was auch viele taten. Die Allianz für Lobby-Transparenz und Ethische Regeln (Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation, ALTER-EU), drängte in der Folge auf ein verbessertes, verpflichtendes Register und konnte sich die Unterstützung des Europäischen Parlaments sichern.

Im Mai 2008 rief das Europäische Parlament zu einem verpflichtenden EU-Lobbyregister für alle wichtigen EU-Institutionen auf. Im Juni 2011 wurde nach langen Verhandlungen und viel Gegenwind aus der Lobbyszene ein neues, gemeinsames Register des Parlaments und der

Kommission eingeführt (siehe <http://europa.eu/transparency-register/>). Das neue Register wird unter dem Titel "Transparenzregister" geführt. Es erfordert zwar detailliertere Informationen über die Budgets der Lobbyistinnen und Lobbyisten und die Art ihrer Tätigkeit. Zudem müssen sich nun alle Organisationen eintragen, deren Lobbyistinnen und Lobbyisten Hausausweise für das Parlamentsgebäude besitzen. Verpflichtend ist die Eintragung jedoch immer noch nicht, was einen entscheidenden Schwachpunkt des neuen Registers darstellt. Auch ohne einen Hausausweis für das EU-Parlament können Lobbyistinnen und Lobbyisten in Brüssel hervorragend Einfluss nehmen. Wichtige Lobbyakteure, wie z.B. die Deutsche Bank (siehe S. 47) sind nach wie vor nicht registriert (Stand Juli 2012). Die Debatte über Transparenz setzt sich also fort. ALTER-EU engagiert sich weiter für ein verpflichtendes Lobbyregister in Brüssel.

→ Lobbyregister EU

LOBBYPEDIA



Die Werkzeugkiste der EU-Lobbyisten

1. Eröffnen Sie ein Büro in Brüssel

Es hilft, am politischen Geschehen nah dran zu sein. Und wenn Sie es sich leisten können, steigert ein edles Büro Ihr Image. Hunderte von Unternehmen verfügen über ein eigenes Büro in Brüssel, oft mit Dutzenden von Lobbyistinnen und Lobbyisten.

2. Seien Sie ein Experte

Die Kommission verfügt über mehr als 1.000 Beratungsgruppen (von denen viele als Expertengruppen bezeichnet werden). Mitglied einer solchen Gruppe zu sein, ermöglicht einen privilegierten Zugang zu den politischen Gestaltungsprozessen, denn oft legen diese Gruppen den ersten Vorschlag für neue EU-Gesetze vor. Industrielobbyistinnen und -lobbyisten sind mittlerweile in vielen dieser Expertengruppen vertreten – und etwa 100 dieser Gruppen sind sogar mehrheitlich mit Industrievertreterinnen und -vertretern besetzt.

3. Werben Sie einen EU-Entscheidungs-träger ab

2010 haben sechs von 13 aus dem Amt geschiedene EU-Kommissare Jobs im Privatsektor angenommen, wobei einige der Tätigkeiten auch Lobbyaufgaben umfassten. Der deutsche Ex-Kommissar Günter Verheugen hat gemeinsam mit seiner damaligen Assistentin Petra Erler eine Beratungsfirma gegründet, in der Erler als hauptamtliche Geschäftsführerin fungiert. Die Firma bietet für ihre Kunden unter anderem "Hintergrundanalysen und Strategieempfehlungen in europapolitischen und anderen politischen Angelegenheiten" an und vermittelt "Management-Intensivkurse mit Experten aus den europäischen Institutionen". Kommissionsbedienstete, Abgeordnete sowie deren Assistentinnen und Assistenten sind sehr gefragte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Unternehmen und Lobbyagenturen.

Sie werben sie leidenschaftlich gern ab, um Kontaktnetzwerke und Insiderwissen zu nutzen.

4. Finanzieren Sie eine Denkfabrik, die Werbung für Ihre Agenda macht

Es ist viel leichter Politiker zu überzeugen, wenn Ihre Botschaft aus jemand anderes Mund kommt. Umso mehr noch, wenn sie von einer etablierten Denkfabrik propagiert wird. In Brüssel gibt es Dutzende von Denkfabriken, die zum Teil stark von Geldgebern aus Wirtschaft und Industrie abhängig sind. Im Gegenzug bieten sie ihren Geldgebern eine Reihe von Dienstleistungen an. Einige organisieren für ihre Sponsoren Diskussionsrunden zu Themen ihrer Wahl. Andere wiederum veröffentlichen gegen Geld maßgeschneiderte Berichte.

5. Beauftragen Sie eine Anwaltskanzlei, die Ihre Entwürfe für Gesetzesänderungen verfasst

Viele Abgeordnete übernehmen gern Ihre Änderungsvorschläge, insbesondere, wenn sie professionell verfasst sind. Hier kommen Anwaltskanzleien ins Spiel. Wenn sie ihre Arbeit gut machen, bemerkt nahezu niemand ihre Beteiligung und Ihre Gesetzesänderungen werden verabschiedet.

6. Mischen Sie sich unter die Abgeordneten

Sichern Sie sich die Zeit und Aufmerksamkeit von Abgeordneten (und ihrer Assistentinnen und Assistenten) und pflegen Sie informelle Beziehungen, indem Sie Ihr eigenes Abgeordneten-Forum einrichten, zu noblen Empfängen, Reisen oder zum Essen einladen.

7. Schaffen Sie eine Tarnorganisation

Möchten Sie Ihre Lobbytätigkeit verdeckt ausüben? Befürchten Sie, dass die Gesetzge-

ber Ihr einseitiges Profitinteresse hinter Ihren wohlfeilen Argumenten erkennen oder dass die Öffentlichkeit gegen Ihr Vorhaben Sturm läuft? Dann richten Sie eine Tarnorganisation ein, die für Sie argumentiert - oder noch besser: Gewinnen Sie eine Nichtregierungsorganisation dafür, eine Kampagne in Ihrem Sinne durchzuführen.

8. Betreiben Sie mit dem Hinweis auf Jobverluste Panikmache

Warnen Sie die Kommission und das Parlament davor, dass die Politikvorschläge, die Ihnen nicht gefallen, zu Arbeitsplatzverlusten führen oder die Wettbewerbsfähigkeit der EU beeinträchtigen. Drohen Sie, die EU aufgrund steigender Kosten zu verlassen. Sie können eine Beratungsfirma bezahlen, um zur Untermauerung Ihrer Argumente Zahlen vorzulegen - auch wenn harte Fakten nicht immer erforderlich sind.

9. Verhindern Sie ungewollte Gesetze durch Verzögerung

Wenn Sie die Verabschiedung eines neuen Gesetzes verhindern möchten, können Sie versuchen, die Vorschläge zu verzögern oder abzuschwächen. Argumentieren Sie damit, dass noch weitere Analysen notwendig sind, sprechen Sie sich für die Schaffung einer speziellen Arbeitsgruppe aus, schlagen Sie freiwillige Selbstverpflichtungen oder unverbindliche Verhaltensregeln vor.

10. Lenken Sie ab

Versuchen Sie, die politische Debatte auf ein nebensächliches Thema zu lenken, während Sie Ihr Hauptanliegen unbemerkt durchsetzen.

Bursting the Brussels Bubble

the battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU



Mehr darüber, wie Unternehmenslobbyistinnen und -lobbyisten sich der politischen Agenda in der EU bemächtigen, finden Sie in "Bursting the Brussels Bubble – the battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU" (<http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2010/04/neues-buch-bursting-the-brussels-bubble/>)

Die Zielscheiben der Lobbyistinnen und Lobbyisten



Die Europäische Kommission,

Rue de la Loi

Die Europäische Kommission stellt meist den Ausgangspunkt für EU-Richtlinien und Verordnungen dar. Sie initiiert Gesetzgebungsverfahren und entwirft Vorschläge, die teilweise nur wenig verändert zu Gesetzen werden. Die Kommission beschäftigt rund 31.000 Beamte. Ihre Büros sind auf ganz Brüssel verteilt, konzentrieren sich aber in der Rue de la Loi.

Derzeit ist José Manuel Barroso der Präsident der Kommission. Dem Kommissionspräsidenten untersteht ein Kollegium von 26 Kommissarinnen und Kommissaren, die jeweils für einen bestimmten Politikbereich zuständig sind.

Der **Sitz der Europäischen Kommission** ist im Centre Berlaymont in der Rue de

la Loi 200 zu finden. Dieser 13-stöckige, X-förmige Wolkenkratzer (auch als Berlaymont-Monster bekannt) bietet Büroflächen für den Präsidenten, die Kommissarinnen und Kommissare und ihre Kabinettsmitarbeitenden.

Gleich daneben, in der Rue de la Loi 170, steht das Charlemagne-Gebäude, eine Konstruktion aus Stahl und Glas, in der die **Generaldirektion Handel** (GD Handel) untergebracht ist. Sie ist zuständig für die gemeinsame auswärtige Handelspolitik der EU. Auch die Generaldirektionen für Außenbeziehungen, EU-Erweiterung und Übersetzung befinden sich dort.

Der unternehmensfreundliche Ansatz im Bereich des internationalen Handels der **GD Handel** hat wiederholt zu Protesten verschiedener zivilgesellschaftlicher

Gruppen geführt. Die GD Handel ignoriert die Proteste jedoch bisher schlichtweg und arbeitet in der Handelspolitik weiterhin einseitig mit Industrieverbänden wie BusinessEurope zusammen.

Die Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen (**GD Markt**) befindet sich in der Rue de Spa 2 - am anderen Ende der Rue de la Loi. Die GD Markt ist ebenfalls für ihre enge Beziehung zur Wirtschaft bekannt – insbesondere zu Unternehmen des Finanzsektors. Lobbyistinnen und Lobbyisten von Banken und anderen Finanzdienstleistern gingen bei der GD Markt regelmäßig ein und aus und trugen so zur laschen Finanzmarktregulierung bei, die eine wesentliche Ursache für die aktuelle Finanz- und Eurokrise ist.

Die Generaldirektionen für Klimapolitik, Umwelt sowie Wirtschaft und Finanzen sind wiederum etwas weiter entfernt im Beaulieu-Gebäude in der Avenue de Beaulieu zu finden.

Das Europäische Parlament,

Place du Luxembourg

Das Europäische Parlament ist die einzige EU-Institution, die sich den Bürgerinnen und Bürgern der EU in Wahlen direkt stellen muss. Das Parlament hat seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 an Macht hinzugewonnen und hat die Möglichkeit, Vorschläge der EU-Kommission zu genehmigen, abzuändern und in manchen Fällen zu blockieren. Dadurch ist es zu einem wichtigen Adressaten für Lobbyistinnen und Lobbyisten geworden. Viele namhafte Firmen und Lobbyorganisationen haben sich rund um das Parlament angesiedelt und diesen Bereich zu einem neuen Lobby-Hotspot gemacht. Im Europäischen Parlament sitzen 754 Abgeordnete (MdEP), 99 davon aus Deutschland.

Das Parlament tagt sowohl in Straßburg als auch in Brüssel, aber die wichtigsten Aktivitäten der Parlamentsausschüsse finden in Brüssel statt - in einem enormen Komplex, den man über den Place du Luxembourg betritt. Obwohl die Abgeordneten nun gemeinsam mit dem Rat für die Verabschiedung der meisten Gesetze zuständig sind, kann das Parlament keine eigenen bindenden Gesetzesinitiativen starten.

Lobbyismus und das Europäischen Parlament

Lobbyeinflüsse spielen bei vielen Entscheidungen des Parlaments eine wichtige Rolle. Über 5.000 Unternehmen, Agenturen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen sind allein im EU-Transparenzregister registriert (Stand Juni 2012) und über 2.600 Lobbyistinnen und Lobbyisten verfügen über Hausausweise für das Parlament.

Für viele Abgeordnete (MdEP) stellen die Treffen mit Lobbyistinnen und Lobbyisten einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit dar. MdEP Giles Chichester, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, traf sich zum Beispiel innerhalb von sechs Monaten 219 mal mit Lobbyisten – fast alle davon arbeiteten für die Industrie.

Für Lobbyistinnen und Lobbyisten ist es gängige Praxis, im Auftrag von Abgeordneten Gesetzesänderungen zu entwerfen. Laut Parlamentsquellen wurden von 1.600 Änderungsanträgen zu einer Richtlinie zur Regulierung von Finanzspekulationen mehr als die Hälfte von Lobbyisten aus der Finanzbranche verfasst und von ihnen gewogenen Abgeordneten unterstützt. Der schwedische Abgeordnete Carl Schlyter berichtete gegenüber Corporate Europe



Aus der Rue du Luxembourg gesehen, erscheint der Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel merkwürdig klein - doch das täuscht.

Observatory, dass mehr als 95% aller Änderungen eines Klima-Gesetzesvorschlages zu Fluorgasen (F-Gas-Dossier) von Lobbyistinnen und Lobbyisten verfasst worden seien.

Institutionalisierte Einbindung der Industrie

So genannte Intergroups und andere fraktionsübergreifende Gruppen (cross-party groups) sind meist von Unternehmensseite organisierte Foren, in denen Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter und Abgeordnete zusammen kommen, um über Themen wie den Zugang zu Rohstoffen oder die Regulierung des Finanzmarkts zu sprechen. Sie erfreuen sich zunehmender Beliebtheit, um Unternehmenslobbyistinnen und -lobbyisten die Annäherung an Abgeordnete zu erleichtern. Viele Industriebranchen verfügen über ein eigenes

Verbündete der Großkonzerne im EU-Parlament

Nachdem die europäischen Konservativen und Liberalen bei den Wahlen im Jahr 2009 die Mehrheit erlangt hatten, sagten Brüsseler Lobbyisten sofort voraus, dass das neue Europäische Parlament "unternehmerfreundlicher", "industriefreundlicher" und weniger umweltfreundlich sein würde. Diese Vorhersagen bewahrheiteten sich, als die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse gewählt wurden.

Einige der neuen Ausschussvorsitzenden gerieten in die Kritik, da sie neben ihrem Mandat Tätigkeiten ausübten, die zu Interessenkonflikten führen können oder auf andere Weise eng mit der Industrie verbunden waren. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) etwa wird derzeit von dem britischen Abgeordneten Malcolm

Harbour geleitet. In den vergangenen 10 Jahren war Harbour - einer der Direktoren des einstigen Automobilherstellers Austin Rover - im Europäischen Parlament einer der engsten Verbündeten der Autoindustrie. Die Automobilhersteller liehen ihm im Gegenzug luxuriöse neue Autos für "Testfahrten" und luden ihn zu Grand-Prix-Rennen ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) war bis vor kurzem der deutsche Christdemokrat Herbert Reul. Laut der Financial Times Deutschland brachte Reul im Parlament Änderungsanträge ein, die von Lobbyistinnen und Lobbyisten aus der Automobil- und Energieindustrie verfasst wurden, als das Parlament Entscheidungen zu klimapolitischen Themen fällte. Reul sitzt

MdEP-Industrieforum, im Rahmen dessen sie sich mit Abgeordneten treffen, die an dem Thema interessiert sind.

Das europäische Energieforum beispielsweise organisierte einen gemeinsamen Ausflug mit Abgeordneten in die Arktis, finanziert vom norwegischen Ölkonzern Statoil. Das Sekretariat der Intergroup Luft- und Raumfahrt wird von der Europäischen Vereinigung der Luftfahrt- und Verteidigungsindustrie (ASD) geleitet. Das Forum für Automobil und Gesellschaft (Forum for the Automobile and Society) wiederum wird vom Brüsseler Lobbybüro des internationalen Automobilverbandes (FIA) aus geleitet. Den Vorsitz des European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF) hatte MdEP Piiä Noora-Kauppi inne, bis sie 2008 einen Schritt durch die Drehtür machte und Bankenlobbyistin wurde (mehr zum EPFSF ist im Abschnitt zur Finanzlobby nachzulesen).

Zwar gibt es ein öffentliches Register, in dem Intergroups aufgeführt sind. Diese Liste umfasst aber nicht alle parteiübergreifenden Gruppen, so dass die Öffentlichkeit nur wenige Informationen darüber bekommt, welche Gruppen es gibt, was sie machen und welche Abgeordneten beteiligt sind. Hier muss die Transparenz deutlich erhöht werden.



neben seinem Mandat im Aufsichtsrat der RheinEnergie AG.

Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON), die für die Regulierung des Finanzsektors zuständig ist, ist die britische Abgeordnete Sharon Bowles, die bereits früher eines Interessenkonflikts bezichtigt worden war, nachdem sie auf Software-Patente drängte und zugleich Partner in einer Anwaltskanzlei war, die Kunden mit direktem Interesse an Software-Patentschutz vertrat.

Auch der Vorsitzende des Rechtsausschusses (JURI), Klaus-Heiner Lehne (CDU), ist nebenher Anwalt. Über 10.000 Euro im Monat – mehr als seine Abgeordnetendiät – verdient er nebenher bei der großen Kanzlei Taylor-Wessing, ausgerechnet in der Abteilung Wett-

bewerb, EU und Handel. Er war mehrfach für sein Eintreten für Software-Patente und Urheberrechte in der Kritik, beides wichtige Tätigkeitsfelder von TaylorWessing. Lehne setzte sich zudem 2008 dafür ein, dass in der Resolution des Europaparlaments für ein verpflichtendes Lobbyregister eine Ausnahme für "Rechtsberatung" durch Anwälte eingeführt wurde.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET), Elmar Brok (ebenfalls CDU), steht seit langen Jahren parallel im Dienst des Medienkonzerns Bertelsmann (mehr zu Bertelsmann, S. 38).



Der Lobbyistenbaum

In der Rue Wiertz, genau neben dem Spinelli-Gebäude des Europäischen Parlaments, gibt es einen kleinen Baum, der als Symbol für die engen Beziehungen zwischen Lobbyorganisationen und EU bekannt ist. Der Baum wurde von der **Society of European Affairs Professionals (SEAP)** gepflanzt. Daneben steht ein Gedenkstein zu Ehren der Rolle des Lobbyismus in der europäischen Politikgestaltung. Der Baum ist immer wieder Mittelpunkt diverser Veranstaltungen von Aktivistinnen und Aktivisten, für die der Baum an solch einem symbolträchtigen Ort vor dem Europäischen Parlament Zeichen des privilegierten Zugangs und der Vorherrschaft von Unternehmenslobbyistinnen und -lobbyisten in der EU ist.

Die SEAP, eine der drei Lobbyverbände, die in Brüssel tätige Lobbyistinnen und Lobbyisten vertritt (neben EPACA und ECPA), befasste sich früher mit prakti-

schen Anliegen wie der Verfügbarkeit von Sitzen und Dolmetschvorrichtungen für Lobbyisten im Parlament - so übermittelte sie dem Parlamentspräsidenten ein Beschwerdeschreiben, weil ihre Mitglieder angeblich Schwierigkeiten hätten, während der Ausschuss-Sitzungen einen Sitzplatz zu ergattern. Nach der Einführung der Europäischen Transparenzinitiative im Jahr 2005 wurde die SEAP jedoch zu einer der stärksten Stimmen gegen mehr Lobby-Transparenz. So betrieb sie intensive Lobbyarbeit, um zu gewährleisten, dass die Eintragung ins EU-Transparenzregister weiterhin freiwillig bleibt – entgegen dem ausgesprochenen Willen des EU-Parlaments.

Der “Cash-for-Influence”-Skandal

Im März 2011 löste die britische *Sunday Times* einen der größten Lobby-Skandale der EU-Geschichte aus. Im Rahmen von verdeckten Recherchen gaben sich Journalisten als Lobbyisten aus und traten an 60 Abgeordnete mit einem lukrativen Angebot heran: Wenn die Abgeordneten gewisse Änderungsanträge einbringen, würden sie im Gegenzug eine gut vergütete Position im Beirat einer fingierten Lobbyberatungsfirma erhalten. Vierzehn Abgeordnete erklärten sich bereit, sich mit den falschen Lobbyisten zu treffen, um über das Angebot der Zahlung von 100.000 € jährlich zu verhandeln. Videoaufnahmen deuten darauf hin, dass der rumänische Abgeordnete Adrian Severin, der Österreicher Ernst Strasser und der Slowene Zoran Thaler das Angebot auch tatsächlich annahmen. Thaler und Strasser traten nach der Enthüllung des Skandals zurück, Severin aber weigerte sich, ihrem Beispiel zu folgen. Er wurde schließlich aus der Fraktion der



Sozialdemokraten ausgeschlossen, sitzt aber weiterhin im Parlament.

Infolge des Skandals leitete Parlamentspräsident Jerzy Buzek eine internationale Untersuchung ein, an der sowohl OLAF (die EU-Agentur für Betrugsbekämpfung) als auch die belgische Staatsanwaltschaft beteiligt waren. Der Skandal schlug hohe Wellen im Parlament und eine Debatte über Korruption und die nachlässigen Bestimmungen des Parlaments in Bezug auf finanzielle Interessen und Beziehungen zu Lobbyistinnen und Lobbyisten begann. Als Reaktion auf den Skandal erarbeitete eine Arbeitsgruppe unter Parlamentspräsident Buzek einen neuen Verhaltenskodex für Abgeordnete, der am 1. Januar 2012 in Kraft trat.



Der Rat der Europäischen Union, Justus Lipsius, Rue de la Loi

Der Rat der Europäischen Union (oft kurz "Rat" oder "Ministerrat" genannt) ist diejenige Institution, die die EU-Mitgliedstaaten direkt repräsentiert. Der Rat trifft sich in unterschiedlichen Besetzungen, die aus den jeweiligen Fachministerinnen und -ministern der Mitgliedstaaten bestehen. So treffen sich im Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) etwa die Finanz- und Wirtschaftsministerinnen und -minister der 27 EU-Staaten. Die Ratspräsidentschaft rotiert alle 6 Monate und wird jeweils von einem Mitgliedstaat für diese Zeit übernommen.

Wenn die Staats- und Regierungschefs bei den EU-Gipfeln zusammenkommen, nennt sich das "Europäischer Rat" (nicht zu verwechseln mit dem eben erwähnten



Rat der Europäischen Union und dem Europarat, der keine EU-Institution ist). Der Europäische Rat entscheidet über die allgemeine politische Agenda der EU. Er wurde mit dem Vertrag von Lissabon zu einer offiziellen Institution mit einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden, der jeweils für zweieinhalb Jahre als Präsident des Europäischen Rats fungiert und die EU-Gipfeltreffen leitet. Das ist derzeit der Belgier Herman van Rompuy.

Der Rat hat seinen Sitz im Justus Lipsius-Gebäude in der Rue de la Loi 175 – einem festungsähnlichen Gebäude, das mehrmals erweitert wurde, um die Delegationen aus der wachsenden Zahl an Mitgliedstaaten beherbergen zu können. Auch die vier jährlichen EU-Gipfel werden hier abgehalten.

Die Verhandlungen über Ratspositionen werden über die Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten in Brüssel geführt. Hier werden die Treffen der Ministerinnen und Minister vorbereitet und viele Entscheidungen bereits getroffen. Die Ständigen Vertretungen sind daher ebenfalls ein Adressat von Lobbyist/innen. Der Rat nimmt bisher nicht am EU-Transparenzregister teil.

Neben den Ständigen Vertretungen zahlt es sich aus, Lobbyarbeit auch direkt an die Regierungen der Mitgliedstaaten selbst zu richten. Dementsprechend ist es von Vorteil, mit Lobbybüros sowohl in Brüssel als auch den Hauptstädten der wichtigsten EU-Mitgliedstaaten vertreten zu sein.

Rund um den Rond-Point Schuman

SCHUMAN 6



Der Rond-Point Schuman ist das traditionelle Herz des EU-Viertels und zugleich ein pulsierender und lauter Verkehrsknotenpunkt. Rat und EU-Kommission haben dort ihre Büros, ebenso wie eine Vielzahl von Lobbyorganisationen und Unternehmensrepräsentanzen. Trotz der hohen Mieten lohnt es sich für finanzstarke Akteure, über Büros in unmittelbarer Nähe der EU-Institutionen zu verfügen.

European Financial Services Roundtable (EFSR), Rond-Point Schuman 11

Die Büros des **European Financial Services Roundtable (EFSR)** sind im 5. Stock des Gebäudes Rond-Point Schuman 11 zu finden. Der EFSR vertritt einige der wichtigsten Finanzakteure in der EU. Mitglieder sind jeweils Top-Manager oder Aufsichtsräte wie etwa Michael Diekmann

vom Versicherungskonzern Allianz. Der EFSR hat sich unter anderem für die Schaffung eines europäischen Markts für private Rentenversicherungen eingesetzt und die Liberalisierung des Finanzsektors vorangetrieben. Er arbeitet eng mit seinem US-amerikanischen Pendant, dem Financial Services Roundtable, zusammen.

City of London, Rond-Point Schuman 6

Neben dem EFSR und direkt gegenüber dem Sitz der EU-Kommission angesiedelt sind die Büros der britischen Lobbyorganisation **City of London**. Diese Organisation betreibt Lobbyarbeit für britische Banken und Investmentfonds. City of London spielte z.B. bei Kampagnen gegen die Regulierung von Hedge-Fonds durch die EU eine führende Rolle. So organisierte sie etwa Besuche des Londoner Bürgermeisters

Lobbyarbeit im Bereich Netzpolitik und Urheberrechte

Die großen Unternehmen der Internetwirtschaft wie Google und Facebook haben ihre Lobbyaktivitäten in den letzten Jahren massiv ausgebaut, wie unter anderem Daten aus dem US-amerikanischen Lobbyregister zeigen. Google gab beispielsweise im ersten Halbjahr 2012 rund 9 Millionen Dollar für Lobbyarbeit aus - allein in den USA. Im Lobbyregister der EU gibt Google die Lobbyausgaben auf europäischer Ebene für das Jahr 2010/11 mit bis zu 700.000 Euro an. Neben diesen vergleichsweise jungen Konzernen sind auch die etablierten Software-Riesen wie Microsoft oder SAP sowie die großen Rechteinhaber wie Warner Bros. an den EU-Regelungen zu Datenschutz, zum Urheberrecht und zu Softwarepatenten sowie zur Netzneutralität interessiert. Aktuell wird beispielsweise eine EU-Datenschutzverordnung verhandelt, die eine alte Richtlinie ersetzen und überall in Europa einheitliche Standards schaffen soll (Stand Mai 2012). Ziel ist es laut Grundrechtskommissarin Viviane Reding, ein "Race to the Bottom" zu verhindern. Das bedeutet, dass uneinheitliche Standards dazu führen können, dass Unternehmen sich in denjenigen Ländern der EU ansiedeln, in denen die Datenschutzstandards besonders schwach sind. Auch deshalb hat die Europaabteilung von Facebook ihren Sitz in Irland und eBay seinen Europasitz in Luxemburg. eBay hat in den ersten neun Monaten 2011 rund 600.000 Euro für Lobbyarbeit in Brüssel ausgegeben. Organisiert ist die Web 2.0- und Softwareindustrie in vielen Verbänden und Netzwerken, um gemeinsam Einfluss zu nehmen. Dazu gehören die European Digital Media Association (EDIMA), die Internationale Trademark Association (INTA) oder die European Software Association (ESA).



Im Bereich Urheberrechte sorgte das unter dem Kürzel ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) bekannt gewordene internationale Abkommen für viel Kritik und Proteste. Das Abkommen sollte den Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen verbessern – um den Preis problematischer Grundrechtseingriffe. Die Verbände der Musik-, Software- und Filmindustrie sowie Verlage und einzelne Unternehmen wie Microsoft drängten auf eine rasche Ratifizierung durch die EU. Die ehemalige hochrangige Angestellte des Verbands der Musikindustrie IFPI (International Federation of the Phonographic Industry), Maria Martin-Prat, wurde im Frühjahr 2011 sogar zur Leiterin des Referats D1 bei der Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen berufen. Zuständigkeit: Urheberrecht. Erst nach vielen Demonstrationen mit zahlreichen Teilnehmenden in ganz Europa forderte EU-Justiz- und Grundrechtskommissarin Viviane Reding den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu einer Überprüfung von ACTA auf.



Boris Johnson bei der EU-Kommission, damit dieser die Interessen der Londoner Finanzindustrie wirkungsvoll vertreten konnte. City of London hat sich bisher nicht in das Transparenzregister der EU eingetragen (Stand Juli 2012).

US-Handelskammer,

Rond-Point Schuman 6/5

Das Brüsseler Büro der **US-Handelskammer**, einer der einflussreichsten Lobbyverbände in den Vereinigten Staaten, befindet sich ebenfalls in diesem Gebäude. Obwohl die Aktivitäten der Kammer in Europa im Vergleich zu jenen in den USA bescheiden sind, genießt sie auch auf dieser Seite des Atlantiks einen hervorragenden Zugang zu hochrangigen politischen Entscheidungsträgern.

In den USA wendete die Kammer Millionen von Dollar für Lobby- und Werbe-Kampagnen auf, um die Vorschläge Barack Obamas zur stärkeren Regulierung der Wall Street-Banken nach der Finanzkrise zu blockieren. Bei den Kongresswahlen 2010 unterstützte die Handelskammer die politische Rechte und finanzierte über 8.000 TV-Spots für die Kandidaten der Republikaner.

Auch aus der EU stammende Unternehmen finanzieren die US-amerikanische Handelskammer und ihre politischen Kampagnen, u.a. BP, Shell und Siemens (**BP** verfügt selbst über ein Büro am Rond-Point – siehe S. 51). In den USA kämpfte die Kammer mit allen Mitteln gegen das so genannte DISCLOSE-Gesetz, das für mehr Transparenz über die Beteiligung von Unternehmen und Interessengruppen an der Finanzierung von Wahlkampagnen sorgen sollte – und letztlich im Kongress scheiterte. Angesichts der Feindseligkeit der Kammer gegenüber diesem Transparenzgesetz mag es nicht überraschen, dass

sie sich bisher nicht in das Transparenzregister der EU eingetragen hat (Stand Juli 2012).

AquaFed, Rond-Point Schuman 6

AquaFed ist der internationale Dachverband der privaten Wasserdienstleister. Dem entsprechend setzt er sich für eine weitere Liberalisierung des globalen Wassermarktes und die vermehrte Privatisierung von Wasserdienstleistungen ein. Er wurde im Oktober 2005 von multinationalen Wasserkonzernen wie Veolia und Suez gegründet. Laut dem Veolia-Lobbyisten Jean Claude Banon gehört es zu den Aufgaben von AquaFed, privatisierungskritischen “Desinformationen” entgegen zu wirken. Obwohl AquaFed vorrangig die Interessen von Veolia und Suez vertritt, präsentiert sich der Verband gerne als die Stimme der globalen Wasserindustrie insgesamt. So soll den Forderungen der multinationalen Konzerne nach weitergehender Privatisierung von Wasserdienstleistungen noch mehr Gehör verschafft werden.

Facebook, Rond-Point Schuman 11

Als Web 2.0-Gigant ist Facebook an der EU-Gesetzgebung zu Datenschutz und Onlinesicherheit interessiert. Gerade im Bereich Datenschutz stand Facebook in den letzten Jahren immer häufiger in der Kritik. Im Oktober 2011 eröffnete Facebook daher in guter Lage am Rond-Point Schuman ein eigenes Lobbybüro. Cheflobbyistin in Brüssel ist die ehemalige EU-Abgeordnete Erika Mann. Mann war zwischen 1994 und 2009 Abgeordnete für die SPD und bereits zu dieser Zeit eng in industriennahe Netzwerke eingebunden. So war sie unter anderem Mitglied der unternehmensnahen Kangaroo Group und gehörte zu den offiziellen Gründern der European Internet Foundation. Bei

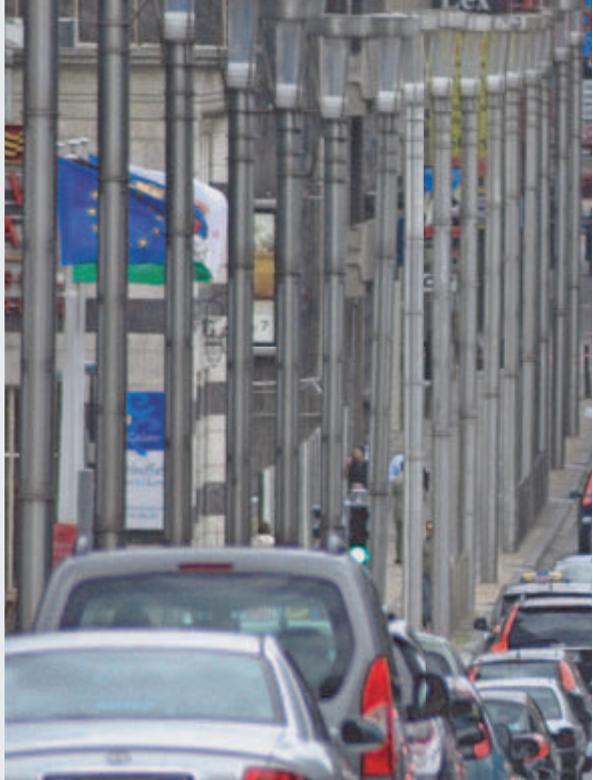
beiden handelt es sich um sogenannte “Intergroups”, die Europaabgeordnete mit Unternehmen und Verbänden zusammenbringen. Die Aktivitäten der ETI werden vor allem von Unternehmen wie IBM, Apple, eBay, Google, Nokia, SAP, Vodafone, Walt Disney und eben Facebook finanziert. Der eigentliche Gründer der ETI hinter den Kulissen war der Lobbyist Peter Linton (inzwischen für Burson-Marsteller tätig). Facebook ist ebenfalls Mitglied von AmCham EU (siehe S. 24) und gab nach eigenen Angaben im Jahr 2011 zwischen 150.000 und 200.000 Euro für Lobbyarbeit in Brüssel aus. Zum Vergleich: In Washington D.C. waren es allein im ersten Halbjahr 2012 rund 1,6 Millionen Dollar.

In Deutschland hat Facebook übrigens Erika Manns ehemalige Assistentin, Eva-Maria Kirschsieper, als Lobbyistin engagiert. Wie hoch die Lobbyausgaben in Deutschland sind, lässt sich nicht sagen, da es kein Lobbyregister gibt.



Rue de la Loi

Die Rue de la Loi ist eine der Hauptverkehrsstraßen durch das EU-Viertel. Sie ist vermutlich die **Straße mit der stärksten Luftverschmutzung** in Brüssel. So waren die 102 äußerst teuren Straßenlampen, die vom französischen Künstler Patrick Rimoux designt wurden, nur sechs Jahre nach ihrer Installation bereits verrostet. Die Kosten für die Reparaturarbeiten betragen schätzungsweise 70.000 €. Die Rue de la Loi verbindet den Parc du Cinquantenaire mit dem Parc de Bruxelles. Sie



ist von Bürogebäuden gesäumt und es gibt häufig Staus, wodurch sie für Fußgänger nicht gerade attraktiv ist. Stattdessen sind hier einflussreiche Lobbyorganisationen, Unternehmen und auch einige NGOs angesiedelt.

Lisbon Council, Rue de la Loi 155

Nah am Rond-Point Schuman und umgeben von einem Areal, in dem fast ständig Bauarbeiten stattfinden, befindet sich der **Residence Palace**. Das Gebäude wurde in den 1920er-Jahren errichtet, um moderne Wohnungen für die damalige Elite zu bieten, und wurde während des Krieges zum Hauptsitz der Alliierten. Derzeit sind dort Think Tanks, Nachrichtenagenturen (z.B. das internationale Pressezentrum) sowie ein oder zwei NGOs untergebracht. Einer der einflussreichsten Mieter ist sicherlich der **Lisbon Council**.



Der Lisbon Council wurde 2003 als eine von Unternehmen finanzierte Denkfabrik gegründet, um eine neoliberale Reformagenda voran zu bringen. Die Organisation wird unter anderem von Shell, Siemens, Google, Tesco, Philips und IBM finanziert. Ein großer Teil ihrer Arbeit konzentriert sich auf die zielstrebige Umsetzung der einstigen Lissabon-Strategie, der allgemeinen EU-Wirtschaftsstrategie, die heute in neuem Gewand unter dem Titel "Europa 2020 – Strategie für Wachstum" präsen-

tiert wird. Trotz ihrer Abhängigkeit von Geldmitteln aus Unternehmen und einer radikal marktliberalen politischen Agenda konnte der Lisbon Council sich relativ erfolgreich als Denkfabrik präsentieren und wird immer wieder als unabhängige Expertenstimme in den Medien zitiert. Barroso und andere EU-Kommissare halten häufig Reden bei Veranstaltungen des Lisbon Councils.

Finsbury International, Rue de la Loi 227

Geht man weiter die Straße entlang, gelangt man zum Brüsseler Büro von Finsbury International in der Rue de la Loi 227. **Finsbury International** Policy & Regulatory Advisors (**FIPRA**) bezeichnet sich selbst als Europas umfangreichstes Lobbyberatungs-Netzwerk. 2010 geriet FIPRA ins Kreuzfeuer der Kritik, nachdem es dem Netzwerk gelang, den Ex-Kommissar für

Fischerei und maritime Angelegenheiten, Joe Borg, und seine damalige rechte Hand, John Richardson, abzuwerben. FIPRA betreibt bei der Kommission im Auftrag von Kunden wie des Kreuzschiffahrtbetreibers Royal Caribbean Cruise Lines Lobbyarbeit zu maritimen Angelegenheiten. In einem Medienbericht wurde darauf hingewiesen, dass FIPRA offenbar die obersten Etagen der EU-Abteilung für Meeresangelegenheiten aufgekauft habe. FIPRAS Büro bildet auch die Basis des **European Risk Forum**, das vom leitenden FIPRA-Berater Dirk Hudig (ehemaliger Generalsekretär von BusinessEurope) geführt wird.

Das European Risk Forum wurde von einer Unternehmensallianz unter Führung von British American Tobacco (BAT) gegründet, um unternehmensfreundliche Ansätze zur Folgenabschätzung von Gesetzen durchzusetzen – mit Erfolg. So fokussierten EU-Beamte ihre Aufmerksamkeit vermehrt auf Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Branche, statt auf Auswirkungen politischer Entscheidungen auf Gesundheit und Umwelt.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte “Frontorganisation” die Kampagne nach außen vertreten. Ursprünglich konnte BAT das European Policy Centre gewinnen, das dazu das “risk assessment forum” gründete. Mitglieder des Forums waren unter anderem auch Bayer, Coca-Cola, Shell und Siemens. Später wurde daraus das European Risk Forum, das sich auf der Webseite als unabhängige Denkfabrik bezeichnet – auch wenn es eigentlich eine Briefkastenorganisation ist, die von einer PR-Agentur gemanagt wird. Ein Phänomen, auf das man in Brüssel häufiger stößt.

White & Case, Rue de la Loi 62

Die internationale Rechtsanwaltskanzlei **White & Case** liegt ebenfalls an der Rue de la Loi, wo sie neben Rechtsberatung für ihre Unternehmenskunden auch Lobbyberatung anbietet und an der Durchsetzung “einer komfortablen rechtlichen und gesetzlichen Umgebung für diese” arbeitet. Wie viele Anwaltskanzleien, die in Brüssel im Auftrag von Unternehmen und Verbänden Lobbyarbeit verrichten, macht White & Case bisher unzureichende Angaben im EU-Transparenzregister: Die Kanzlei veröffentlicht die Namen ihrer Kunden nicht. Derzeit (Stand August 2012) ist sie deshalb aus dem Lobbyregister vorübergehend suspendiert und muss ihren Eintrag überarbeiten. Sie stellt damit einen Präzedenzfall dar: Es wird sich zeigen, welche Angaben die Kanzleien im Register machen müssen, um ihre Hausausweise zum Europäischen Parlament zu behalten (s. auch Kasten zum Lobbyregister auf S.9).

Die **Internationale Emissionshandelsgemeinschaft (IETA)**, die unter den Kandidaten für den Angry Mermaid Award 2009 war (nähere Informationen zur IETA auf S. 53), und der **Europäische Dachverband der Futtermittelhersteller (FEFAC)** (siehe S. 57) befinden sich ebenfalls in der Rue de la Loi.

Avenue des Arts

AmCham EU, Avenue des Arts 53

AmCham EU – die American Chamber of Commerce to the EU (AmCham EU) betreibt zusätzlich zum EU-Büro der US-Handelskammer Lobbyarbeit im Auftrag von rund 140 amerikanischen Unternehmen in Europa. Für ihre Lobbyarbeit greift AmCham EU auf “ein Netzwerk von über 650 aktiven Vertretern von Mitgliedsunternehmen” zurück, die unterteilt in 15

sektorale Politikkomitees “bis zu 80 Angelegenheiten auf einmal beobachten”. Das Magazin “The Economist” hat AmCham EU als “die effizienteste Lobbymacht der Stadt” bezeichnet. Die Büros der Gruppe liegen in bequemer Nähe zur US-Botschaft in der Rue Zinner.

Rue Froissart

Albert Borschette

Centre, Rue Froissart 36

Im **Albert Borschette Centre**, das nach dem luxemburgischen EG-Kommissar (1970-76) benannt ist, finden Sitzungen der rund 1.000 Expertengruppen statt, die die EU-Kommission bei neuen Gesetzen beraten. Während der Großteil der Expertengruppen aus Vertretern nationaler Regierungen besteht, überwiegen bei mehr

als 100 dieser Gruppen Unternehmenslobbyisten. Dominieren Unternehmens- und Wirtschaftsvertreter eine Expertengruppe, besteht die Gefahr der einseitigen Beeinflussung kritischer Bereiche der EU-Politikgestaltung, z.B. bei der Finanzmarktregulierung, der Industrie- oder Forschungspolitik. Auch auf den Druck von Organisationen wie LobbyControl und CEO hin wurde vor einigen Jahren ein Register für Expertengruppen eingerichtet. Nun ist es zumindest möglich, etwas über die Zusammensetzung einzelner Gruppen zu erfahren. Die zum Teil unausgewogene Besetzung stellt aber nach wie vor ein Problem dar.

European Training

Institute, Rue Froissart 57

Das **European Training Institute** wurde 2005 vom ehemaligen Agrarlobbyisten

FIPRA und die Non-Toxic Solar Alliance (NTSA)

In Brüssel tobte 2010 eine heftige Auseinandersetzung um Umweltvorschriften für Solarmodule. Anlass war die Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Beschränkung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (kurz RoHS). Dabei trat eine neue Lobbygruppe auf, die “Non-Toxic Solar Alliance”. Nach außen stellte sie sich als Initiative von Wissenschaftlern, Bürgern und Vertretern der Solarindustrie dar, die über die Verwendung potenziell giftiger Substanzen in Photovoltaikmodulen und die Sicherheit von Verbrauchern und Umwelt besorgt waren.

Nachforschungen von LobbyControl ergaben jedoch, dass die Gruppe von der Berliner Lobbyagentur Bohnen Kallmorgen & Partner (BKP) – einem Mitglied des FIPRA-Netzwerks – gegründet wurde, und dass einer ihrer Partner – der Vorsitz inne hat. Die Agentur verbrachte nicht

nur den eigentlichen Hintergrund der Non-Toxic Solar Alliance, sondern auch die Finanzierungsquelle der Organisation und ihre eigenen kommerziellen Ziele dabei. Als BKP mit den Tatsachen konfrontiert wurde, gab sie zu, dass die NTSA Solarfirmen als Kunden gewinnen wollte – was aber nicht gelang. De facto richtete sich die Initiative primär gegen die Verwendung von Cadmiumtellurid in Solarpanels und damit gegen den US-Hersteller FirstSolar, der selbst mit massiver Lobbyarbeit antwortete.

Es kursierten Gerüchte über eine weitere, unbekannte Finanzierungsquelle der Non-Toxic Solar Alliance, die aber nicht bestätigt werden konnten. Nach einer Beschwerde von LobbyControl ermahnte der Deutsche Rat für Public Relations BKP und die NTSA, weil sie gegen die freiwilligen Transparenzregeln der Branche verstoßen hatten.

Daniel Guéguén gegründet und bildet Lobbyist/-innen aus. Es beschreibt sich selbst als “das einzige Schulungszentrum in Brüssel, das eine umfassende Palette an Programmen und Seminaren rund um europäische öffentliche Angelegenheiten” bietet. Auf dem Lehrplan des Instituts stehen “die besten Möglichkeiten der Beeinflussung der Politik” der EU-Institutionen sowie die Verbesserung der Lobby-Kompetenzen der Studierenden. Zu den gelehrten Lobbystrategien zählt die Beeinflussung der Agenda einer Expertengruppe oder das Schmieden von Koalitionen mit NGOs, um die eigenen Unternehmensinteressen breiter legitimieren zu können. Guéguén hat bereits vor Jahren vorhergesagt, dass die in Brüssel tätigen Lobbyisten “immer härtere Lobby-Strategien” anwenden würden, die wahrscheinlich “Praktiken wie Manipulation, Destabilisierung und Desinformation beinhalten”. Einer der Lehrenden des ETI, Yves Lespinay, war im April 2011 an der “Alliance for Food Transparency” beteiligt. Dabei handelt es sich um eine Frontgruppe der Lebensmittelindustrie im Bereich der Lebensmitteletikettierung. Dagmar Roth-Behrendt (MdEP) kritisierte, dass deren Lobbytätigkeit “undurchsichtig und unsauber” sei. Gegründet wurde die Frontgruppe von der Agentur **CLAN Public Affairs**, bei der sowohl Lespinay als auch Guéguén selbst beschäftigt sind - und deren Büros sich im selben Gebäude befinden .

GD Gesundheit und Verbraucherschutz, Rue Froissart 101

Ebenfalls in der Rue Froissart befindet sich die Verbraucherschutzabteilung der EU-Kommission. Die Direktion ist für viele Themen von Verbraucherkrediten bis hin zu Computersoftware zuständig. Die ehemalige Leiterin der Direktion, Ex-Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva,

wechselte 2010 von der Kommission direkt in eine gut dotierte Stelle im Vorstand der französischen Bank BNP Paribas. Während ihrer Amtszeit war sie auch für finanzpolitische Themen, wie die EU-Richtlinie über Verbraucherkredite, zuständig. Die EU-Kommission aber billigte ihren problematischen Seitenwechsel ohne Vorbehalte anzumelden.

Als EU-Kommissarin stellte Kuneva den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, den Iren Pat Cox, als Sonderberater ein. Cox saß gleichzeitig in Beiräten diverser Unternehmen mit großem Interesse an der Beeinflussung der EU-Verbraucherpolitiken, einschließlich Microsoft, Michelin und Pfizer. Darüber hinaus agierte er als Senior Berater der Lobbyagentur APCO, die unter anderem Unilever, Coca-Cola und den europäischen Dachverband der Pharmaindustrie und -verbände (EFPIA) vertritt. Die Kommission entschied sich jedoch dazu, nicht zu intervenieren. Der EU-Ombudsmann entschied später, dass die Kommission den potentiellen Interessenkonflikt nicht angemessen bewertet hatte.

Der deutsche Automobilhersteller **Daimler** (siehe S. 53) ist ebenfalls in der Rue Froissart direkt am Rond-Point Schumann im Gebäude mit der Nummer 133 zu finden.

Avenue de Cortenbergh

Die Avenue de Cortenbergh verläuft nordöstlich des Rond-Point Schuman und bietet guten Zugang zu einer Reihe von Kommissionsgebäuden. Dieser Ort war einst ein idealer Platz für Brüsseler Lobbyisten. Inzwischen sind einige der Lobbyfirmen, etwa Burson-Marsteller und Hill & Knowlton zum EU-Parlament abgewandert, da die Nähe zu den Abgeordneten



deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Dennoch befinden sich in der stark von Staus geprägten Avenue de Cortenbergh immer noch einige der großen, traditionellen Industrielobbys, aber auch die Vertretungen einiger EU-Mitgliedstaaten.

BusinessEurope,

Avenue de Cortenbergh 168

BusinessEurope, der wichtigste europäische Arbeitgeberverband, befindet sich an der Ecke zwischen der Rue Fulton und der Avenue de Cortenbergh. Zu seinen Mitgliedern zählen 20 Millionen Unternehmen in 35 Ländern – seine politische Agenda wird jedoch stark von multinationalen Großkonzernen dominiert. BusinessEurope ist regelmäßig zu Gast bei der EU-Kommission und erhält bei diesen Gelegenheiten exklusive Briefings zu Handelsgesprächen, zur Klimastrategie und sonstigen Themen.

Der Einfluss von BusinessEurope beruht auf seinem privilegierten Zugang zur EU-Kommission und einem umfangreichen Netz von Tausenden Lobbyisten aus nationalen Verbänden und Europas größten Konzernen, die die EU-

Institutionen und nationalen Regierungen mit ihren aufeinander abgestimmten Forderungen bombardieren. Beispiele für die “Lobbyerfolge” von BusinessEurope sind die Verwässerung des EU-Chemikaliengesetzes (REACH), kostenlose Verschmutzungsrechte für große Bereiche des europäischen Produktionssektors im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems sowie eine EU-Handelsstrategie, die praktisch von Großkonzernen mit verfasst wurde. Im Zuge der “Euro-Krise” war der Verband maßgeblich daran beteiligt, im Rahmen der neuen “Wirtschaftsregierung” der EU Sparmaßnahmen in ganz Europa durchzusetzen. Für Deutschland sind der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Mitglied, die in Brüssel ebenfalls ein gemeinsames Lobbybüro unterhalten.



Die Giftlobby gegen das EU-Chemikaliengesetz

Von 1999 bis 2007 führte die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien zur möglicherweise größten Lobby-Schlacht der EU-Geschichte.

1999 legte die Europäische Kommission einen ehrgeizigen Vorschlag für eine neue Gesetzgebung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien (REACH) vor. Die Richtlinie sollte den Zustand beenden, dass die meisten in der EU verkauften Chemikalien nicht auf ihre Verträglichkeit für Umwelt und Gesundheit getestet wurden. Chemikalien, die als "besonders besorgniserregend" eingestuft wurden, sollten durch unbedenklichere Alternativen ersetzt werden. Die Chemie-Industrie startete eine Multimillionen-Euro-Kampagne, um dieses Vorhaben zu verzögern und abzuschwächen.

Die Industrie finanzierte Studien, die die Auswirkungen der Richtlinie maßlos übertrieben - Millionen Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemiewirtschaft stünden auf dem Spiel. Außerdem wandte sich die Chemielobby an ihre Verbündeten in den USA, einschließlich der Regierung Bush. Der damalige US-Außenminister Colin Powell schickte Mahnschreiben an die US-Botschaften in Europa, in denen er vor den Auswirkungen von REACH auf die US-Industrie warnte und die Botschaften aufforderte, sich in die politische Debatte einzumischen. Eine nachträgliche Untersuchung im amerikanischen Kongress zeigte, wie eng die US-Behörden dabei mit der Chemiebranche zusammenarbeiteten. Die Industrie sollte Ansatzpunkte für die Kritik an REACH entwickeln, die dann von

US-Behörden weitergetragen wurden. Es gab eine gemeinsame Europa-Reise von Vertretern der US-Umweltbehörde EPA mit Chemie-lobbyisten, um für Selbstverpflichtungen als weicheren Ansatz zu werben. Ein Beispiel für globalisierte Lobbyarbeit.

An der Lobbykampagne beteiligten sich zahlreiche Lobbygruppen, etwa BusinessEurope, der europäische Chemieverband Cefic sowie der Transatlantic Business Dialogue (TABD). Eine besondere Rolle spielte jedoch die deutsche Chemie-Industrie und allen voran BASF. Ein Manager der BASF hatte von 2001 bis 2004 seinen Arbeitsplatz bei der Europäischen Kommission und gehörte dort der Arbeitsgruppe zur Chemikalienrichtlinie an. Als der politische Prozess sich auf die nationale Ebene verlagerte, zog der BASF-Mann ins deutsche Wirtschaftsministerium um – als so genannter "externer Mitarbeiter" arbeitete er dort am Thema Giftstofftestverfahren, bezahlt von BASF. Der Europaabgeordnete Hartmut Nassauer (CDU), der im Binnenmarkt-Ausschuss für REACH zuständig war, ließ sich bei den Verhandlungen von einem Lobbyisten des Verbands der Chemischen Industrie unterstützen. Im Jahresbericht 2005 berichtet der Verband stolz, Nassauer habe die VCI-Vorschläge weitgehend übernommen.

Infolge der Lobby-Kampagne der Unternehmen wurden die REACH-Vorschläge erheblich abgeschwächt. Zahlreiche Gesetzeslücken ermöglichen es, dass giftige Chemikalien weiter auf dem Markt bleiben.

Das **Europäische Dienstleistungsforum** (**European Services Forum, ESF**) befindet sich auch in diesem Gebäude. Das Forum sieht seine Aufgabe darin, im Auftrag der Deutschen Bank, der British Telecom, Telefónica, Veolia und anderen Unternehmen einen globalisierten, deregulierten Markt für Dienstleistungen durchzusetzen. Gegründet wurde das ESF 1999, um die EU-Kommission bei Verhandlungen über die Liberalisierung von Dienstleistungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zu unterstützen. Durch seinen privilegierten Zugang konnte das Forum hervorragend die Interessen von europäischen transnationalen Konzernen auf Kosten von Kleinunternehmen in den lokalen Märkten fördern. Im Mittelpunkt der ESF-Tätigkeit steht nach wie vor die Liberalisierung – in der Praxis die Privatisierung – öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung oder Wasser. Die Gruppe versucht auch auf bilaterale Verhandlungen mit den Ländern Asiens, Afrikas und Amerikas Einfluss zu nehmen, aber auch auf die laufenden Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation.

BASF, Avenue de Cortenbergh 60

Hinter der Glasfassade von Nr. 60 befinden sich in der Avenue de Cortenbergh unter anderem die Brüsseler Lobbybüros des deutschen Chemiekonzerns **BASF**, des französischen Rüstungs- und Elektronikonzerns **Thales** und des deutschen Energieriesen **E.ON**. BASF spielt in Brüssel eine maßgebliche Rolle. So hat es die “Toxic Lobby” gegen die EU-Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) angeführt, die schließlich im Dezember 2006 verabschiedet wurde. Die Auseinandersetzung um REACH gehört zu den größten und heftigsten

Lobbyschlachten in der Geschichte der EU und führte zu einer zu Gunsten der Industrie stark verwässerten Richtlinie.

Rue Breydel

Einen kurzen Spaziergang vom Rond-Point-Schuman entfernt verläuft die Rue Breydel von der Avenue d'Auderghem weg in Richtung Süden.

Gplus, Rue Breydel 42

Die Beratungsagentur **Gplus** befindet sich so nah an den Gebäuden der Kommission, dass sie im abgesperrten Bereich liegt, wenn Staatschefs anreisen. Die Agentur setzt sich laut ihrer Webseite aus “Politik- und Medienberatern zusammen, die die Leidenschaft für Politik, Kommunikation und europäische Angelegenheiten zusammengeführt hat”. Die Spezialität von Gplus sind Kunden mit einem “Imageproblem”. So betreute sie bereits die Regierung Putin, die Royal Bank of Scotland und den malaysischen Palmölrat (Malaysian Palm Oil Council, MPOC).

Vom MPOC wurde Gplus beauftragt, zum einen Berichte über Palmölplantagen, die zu Abholzung, Menschenrechtsverletzungen sowie zu übermäßigen CO₂-Emissionen führen, als unwahr darzustellen. Zum anderen sollte die EU dazu gebracht werden, die vermehrte Nutzung von Agrarkraftstoffen im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zu unterstützen. Während des Krieges zwischen Russland und Georgien im Jahr 2008 entwarf Gplus die russische Medienstrategie, während die Konkurrenz-Lobbyagentur Aspect Consulting für die georgische Regierung dasselbe tat.

Gegründet wurde die Agentur von einem typischen EU-Karrieristen, dem ehema-

ligen Times-Journalisten und Kommissionssprecher Peter Guilford. Insgesamt zählen zahlreiche ehemalige Mitarbeiter der EU-Institutionen zu den Angestellten von Gplus.

Rue Belliard

Wie die Rue de la Loi teilt die Rue Belliard das EU-Viertel. Die hässliche, fünfspurige Straße stellt für Tausende von Autos den Weg aus dem Viertel dar. Die Folge ist eine mit Benzindämpfen getränkte Luft – dennoch haben sich hier viele Lobbybüros angesiedelt.

European Centre for International Political Economy (ECIPE), Rue Belliard 4-6

Das **ECIPE** ist eine der zahlreichen von Unternehmen finanzierten Denkfabriken, die auf Angelegenheiten rund um internationale Handelspolitik spezialisiert sind. Sie organisiert Lunch-Seminare und Veranstaltungen zur Förderung industriefreundlicher Handelspolitiken wie die strikte Durchsetzung von Patenten bei Medikamenten – was die Verfügbarkeit bezahlbarer Medikamente im globalen Süden erheblich einschränkt. Bei einem Jahresbudget von rund einer Million Euro sind ihre wichtigsten Finanzquellen die Free Enterprise Foundation aus Schweden und Unternehmen wie die Pharmagiganten Eli Lilly und Pfizer sowie Nokia, Unilever, Siemens, Nestlé, Nike, Google und BP.

Foratom, Rue Belliard 65

Foratom, das hier seinen Sitz hat, ist der Dachverband der europäischen Atomindustrie. Laut EU-Transparenzregister hat Foratom im Jahr 2010 knapp 2 Millionen Euro für Lobbyarbeit ausgegeben. Damit

ist der Verband eine der größten Lobbygruppen, aber die politische Durchschlagskraft der Atomindustrie wird durch die Lobbyaktivitäten von Atomkonzernen wie EDF, Areva, TVO, Siemens, E.ON, RWE, Vattenfall, BNFL und CEZ noch deutlich verstärkt. Zusammengefasst verfügten diese Unternehmen im Sommer 2011 über 21 zugelassene Lobbyisten im Europäischen Parlament. Die Atomindustrie erhält zudem auf einfache Weise Zugang zu Abgeordneten, etwa über die Intergroup “Europäisches Energieforum”, an dem Abgeordnete und die Industrie beteiligt sind.

Rund um den Place du Luxembourg



Place du Luxembourg

Nach umfassenden Renovierungsarbeiten wurde der Place du Luxembourg zu einem der wichtigsten Treffpunkte für Abgeordnete, deren Mitarbeiter/innen und Lobbyistinnen und Lobbyisten in Brüssel. Dieser Platz, auf dem sich Restaurants aneinander reihen, bietet direkten Zugang zum Parlament. Hier kann man die politischen Strippenzieher gut beim Mittagessen beobachten. Brüssel weist laut einigen Medienberichten die höchste Anzahl an Restaurants pro Kopf in Europa auf. Dies spiegelt vielleicht wieder, wie viele Mittagessen aus großzügigen Spesenkonten finanziert werden. Fabian O'Farrell's, das irische Lokal am Eck des Platzes, das am nächsten beim Parlament liegt, ist für seine Rolle als Lieblingslokal der

rechtsgerichteten britischen Abgeordneten bekannt – und der Lobbyistinnen und Lobbyisten, die diese umwerben. Am Ende der Woche wimmelt es in den Bars des Place Lux nur so von Abgeordneten und ihren Assistent/innen, Lobbyist/innen und anderen Interessierten, die in entspannter Atmosphäre plaudern.

Durch den Machtgewinn des Europäischen Parlaments erfreuen sich der Platz und die Büros in seiner Umgebung bei Lobbyagenturen zunehmender Beliebtheit.

Auch die Anzahl der Abgeordneten und Mitarbeiter/innen, die von Lobbyisten abgeworben werden, zeigt, wie sehr das Parlament an Einfluss gewonnen hat. Der Generalsekretär des EU-Parlaments, Julian Priestley, nahm beispielsweise 2009 einen Job bei der Firma **European Public Policy Advisers (EPPA)** an. Die Agentur residiert



Die Lobbyagentur Interel Cabinet Stewart vertritt zugleich diese Industrieverbände, wie das Klingelschild zeigt.

am Place du Luxembourg Nr. 2. Der stellvertretende Generalsekretär David Healey wurde 2010 Mitarbeiter bei Burson-Marsteller (einige Hundert Meter entfernt, am Square De Meeûs 37).

Der Place du Luxembourg macht inzwischen dem Rond-Point Schuman als Zentrum des EU-Viertels Konkurrenz. Dadurch ist er auch ein beliebter Ort für PR-Aktionen, etwa als der schwedische Energiekonzern Vattenfall den Platz 2009 mit kleinen, orangefarbenen Plastikfiguren ausfüllte. Jeder stand für einen Menschen, der Vattenfalls "Klima-Manifest" unterzeichnet hatte. Diese Aktion war Teil einer erfolgreichen Kampagne Vattenfalls, um Milliarden Euro an EU-Fördergeldern für umstrittene Technologien zur CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) zu sichern (siehe S. 52).

Rue du Luxembourg

Die Rue du Luxembourg verläuft westlich des Parlaments, über den Meeûs-Platz und weiter zur U-Bahn-Station Trône. Viele Gebäude wurden saniert, als sich immer mehr Lobbyagenturen rund um das Parlament angesiedelt haben. Das Viertel ist auch als Quartier Leopold bekannt.

Interel Cabinet Stewart,

Rue du Luxembourg 24

Diese Lobbyagentur befindet sich in einem der zahlreichen eleganten Gebäude, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet wurden. Der hohe Eingang sollte es Kutschen ermöglichen, direkt vor die Stufen des Hauses vorzufahren.

Die Namensschilder außerhalb geben Aufschluss über die Industrieverbände, die von den Büros der Interel Cabinet Stewart vertreten werden - das bedeutet: Die Agentur übt für diese die Funktion eines Sekretariats aus. Zu diesen Verbänden

zählen die Free and Fair Post Initiative und der Europäische Kasinoverband (ECA). Ein weiterer Kunde war das International Council for Capital Formation, ICCF, eine umstrittene "Denkfabrik". Sie wurde als Frontgruppe für den von Exxon-Mobil unterstützten American Council for Capital Formation gegründet, um in Brüssel eine ultraliberale Agenda zu fördern und Veranstaltungen gegen strikten Klimaschutz zu organisieren. Der ICCF wurde 2007 für die Worst EU Lobbying Awards nominiert – scheint heute aber in Brüssel weniger aktiv zu sein.

Die europäische Sektion von Interel Cabinet Stewart, Interel European Affairs, vertritt nach eigenen Angaben 33 Kunden mit einem Lobbyauftrags-Volumen zwischen 1,25 und 1,5 Millionen Euro (Stand Mai 2011). Zu den Kunden zählen der International Council for Shopping Centers (ICSC), der Bergbaugigant Rio Tinto, der Elektronikriese Sony und das Transportunternehmen UPS.

Zu den Mitarbeitern gehören ehemalige Kommissionsbedienstete, einschließlich Jean-Philippe Monod de Froideville, Experte in Sachen Wettbewerbspolitik, der früher Teil des Kabinetts der Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes war. Die Vorsitzende von Interel, Catherine Stewart, ist auch Sprecherin des Lobbyisten-Verbands SEAP und eine führende Stimme im Kampf gegen verschärfte Lobby-Transparenzregeln.

Der **Europäische Saatgutverband (European Seed Association, ESA)** ist ebenfalls in der Rue du Luxembourg zu finden. Er vertritt Saatgutkonzerne wie Monsanto, Syngenta und BASF. Zudem arbeitet er oft mit Biotechnologie- und Lobbygruppen wie EuropaBio und dem Europäischen Verband zum Schutz von Nutzpflanzen

(European Crop Protection Association, ECPA) zusammen.

Square de Meeûs

Einen kurzen Spaziergang vom Place du Luxembourg entfernt befindet sich der grasbewachsene, schattige Square de Meeûs, umgeben von modernen Büroblöcken aus Glas und Stahl. Hier sind unter anderem Burson-Marsteller, Fleishman-Hillard und die GD Forschung und Innovation der EU-Kommission angesiedelt.

Am südwestlichen Eck befindet sich das Tschechische Haus, das sowohl die tschechische Vertretung bei der EU als auch tschechische Wirtschaftsverbände beherbergt und für seine jährlichen Bierpartys bekannt ist.

Burson-Marsteller, Square de Meeûs 37

Burson-Marsteller macht Hill & Knowlton den Rang als größte Lobbyagentur in Brüssel streitig. So verzeichnete sie im Jahr 2011 einen Umsatz mit Lobbyarbeit von 8,755 Millionen Euro. Burson-Marsteller beschäftigt rund 60 Vollzeit-Lobbyisten in Brüssel und verfügt über 10 Zugangsausweise zum EU-Parlament. Zu den Kunden zählten 2011 90 Unternehmen und Verbände, darunter Bayer Schering Pharma, Pfizer, GE Energy, ExxonMobil, Novartis, SAP, Unilever, der Chemieverband Cefic (siehe S. 42) sowie das polnische Außenministerium. Ebenfalls in den Büros von Burson-Marsteller befindet sich das **Bromine Science and Environment Forum (BSEF)**. Hinter dem Namen könnte man eine akademische Einrichtung oder Umweltorganisation vermuten. In Wirklichkeit vertritt das BSEF vier der größten Hersteller von bromierten Brandschutzmitteln in



Das größte Bürogebäude am Square de Meeûs ist der Sitz der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission.

den USA, in Israel und Japan und wird von diesen auch finanziert. Burson-Marsteller hat sie in ihrer Kampagne gegen ein Verbot dieser giftigen Substanzen unterstützt. 2011 war das BSEF der größte Lobbykunde der Agentur mit einem Auftragsvolumen zwischen 900.000 und einer Million Euro. Trotz der häufigen Skandale, in die das Unternehmen immer wieder schlittert, behauptet der Geschäftsführer des Brüsseler Büros: "Ethik ist wahrscheinlich der wichtigste Aspekt unserer Arbeit".

→ Burson-Marsteller

LOBBYPEDIA

Fleishman-Hillard, Square de Meeûs 35
Gleich nebenan befindet sich die Agentur **Fleishman-Hillard**, die im Jahr 2011 noch etwas mehr Umsatz für Lobbyarbeit

verzeichnete als ihr Nachbar – 9,915 Millionen Euro. Zu den 87 Kunden zählen zahlreiche Großbanken und Investmentgesellschaften wie Blackrock oder JP Morgan, die Ölkonzerne BP und ExxonMobil sowie Coca-Cola, Sanofi Aventis und die Airline Emirates. 2010 warb Fleishman-Hillard den Ex-Kommissar Günter Verheugen als Berater an.

Nach der Einführung der "Europäischen Bürgerinitiative" (EBI) bot Fleishman-Hillard an, Unternehmen beim Sammeln von Unterschriften zu unterstützen.

Die EBI soll EU-Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, die EU-Kommission zu Gesetzentwürfen anzuregen, wenn sie eine Million Unterschriften in mindestens sieben Mitgliedstaaten sammeln. Zwar war die EBI klar als Instrument für EU-Bürgerinnen und Bürger vorgesehen, aber das Gesetz ist vage formuliert, und "auch Unternehmen können diese

nutzen“, erklärt Fleishman-Hillard seinen Industriekunden. Nach Protesten zog Fleishman-Hillard seine Werbebroschüre zur EBI wieder zurück.



Edelman The Centre, Avenue Marnix, 22
Edelman, eine der Top-Lobbyagenturen in Brüssel, fusionierte vor kurzem mit The Centre, das sich stets als "Think-do-Tank" bezeichnete. Das Büro von **Edelman The Centre** in der Avenue Marnix liegt einen Steinwurf vom Parlament entfernt, und gleich ums Eck befindet sich der Square de Meeûs.

Wie sein US-Mutterunternehmen bietet Edelman The Centre "Grassroots-Lobbying"-Dienste an. Graswurzel-Lobbying zielt darauf ab, den Eindruck zu erwecken, eine Kampagne sei auch von der breiten Bevölkerung unterstützt – und nicht nur von der Industrie. Dieser Ansatz bietet, so die Lobbyagentur, den Vorteil, dass die Lobby-Bedürfnisse der Industrie "als unparteiisch angesehen werden". So organisierte die Agentur 2010 im Renaissance Hotel vor dem Europäischen Parlament eine Veranstaltung, bei der gentechnisch veränderte Lebensmittel verkostet wurden. Hinter der Veranstaltung schien eine unbekannte Gruppe mit der Bezeichnung "Farmers Biotech-Network" zu stehen. Erst später gaben sie zu, dass die Biotech-Lobbygruppe EuropaBio die Veranstaltung finanziert hatte - ein Detail, das weder den Gästen noch den Journalisten, die über die Veranstaltung berichteten, offenbart wurde. Die Forderung, "Landwirten mehr Auswahl" zu bieten, ist Teil der breiteren EuropaBio-Kampagne zur Förderung von

gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die im Auftrag großer Gentech-Unternehmen durchgeführt wird.

Rue Montoyer

Die Rue Montoyer verläuft parallel zur Rue du Luxembourg und hat als Standort für Lobbyagenturen an Beliebtheit gewonnen, aber auch bei Vertretungen europäischer Regionen, die im Auftrag ihrer lokalen Industrie in Brüssel aktiv mitmischen.

Bank of New York Mellon,

Rue Montoyer 46

Die Brüsseler Filiale des globalen Finanzdienstleisters **BNY Mellon** befindet sich in der Rue Montoyer 46. Der ehemalige EU-Kommissar Charlie McCreevy nahm im April 2011 eine Anstellung in der Abteilung für Derivatehandel an. McCreevy trat die Stelle unmittelbar nach der 12-monatigen Karenzzeit an, während der er noch die Zustimmung der Kommission benötigte. Zuvor wollte er bereits zur Investment-Gruppe NBNK wechseln, was ihm jedoch von der EU-Kommission auf Grund von möglichen Interessenkonflikten untersagt wurde – schließlich war er als Kommissar auch für die Regulierung des Finanzsektors zuständig.

APCO Worldwide, Rue Montoyer 47

Das Büro von **APCO Worldwide**, einer weiteren großen Brüsseler Lobbyagentur, befindet sich im fünften Stock der Rue Montoyer 47. Von hier aus bearbeitet APCO die EU-Institutionen im Auftrag von Dutzenden von Kunden wie Microsoft, Novartis und der Pharma- und Konsumgüterkonzern Johnson & Johnson.

APCO Worldwide ist darüber hinaus für seine Lobbyarbeit im Auftrag von

Regierungen bekannt, auch für einige mit umstrittenen Menschenrechtspraktiken - etwa Nigeria, die Ukraine und Kasachstan.

Hill and Knowlton, Rue Montoyer 51

Die bekannte Lobbyagentur Hill & Knowlton befindet sich im "NEO-Gebäude" in der Rue Montoyer, einem Gebäude, dessen Miete pro Quadratmeter zu den teuersten im ganzen EU-Viertel zählt.

Zu ihren Kunden zählte die Nord Stream AG, die eine Gas-Pipeline von Russland durch die Ostsee nach Deutschland errichtet. Gazprom hält 51% der Nord Stream-Anteile, die deutschen Energieversorger E.ON und Wintershall (BASF-Tochter) halten jeweils 15,5%. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder sitzt im Aufsichtsrat der Nord Stream AG. Auf ihrer Website erklärten Hill & Knowlton, wie sie die öffentliche Meinung beeinflussen wollten, um Nord Stream zu unterstützen: "die Medienstrategie so gestalten, dass Ungleichgewichte in der politischen Diskussion zum Nord Stream-Projekt behoben werden [...]. Unter Nutzung des einflussreichen und meinungsbildenden Status der britischen Medien in Europa wird H&K den Einführungsprozess unterstützen und dabei helfen, die Akzeptanz und Unterstützung durch wichtige britische Akteure zu gewährleisten."

H&K arbeitete auch aktiv an der Beeinflussung von Abgeordneten in der Gazprom-Sache, indem sie eine Reihe von geschlossenen Veranstaltungen in den Räumlichkeiten des Parlaments organisierte. Laut Medienberichten arrangierte die Agentur zudem im Auftrag des russischen Ölgiganten Rosneft Flüge für EU-Abgeordnete in einem Privatjet nach Sibirien.

Zu den H&K-Kunden zählen auch die Chemie- und Pharmakonzerne Procter & Gamble, Glaxo SmithKline und Merck

sowie Johnson & Johnson. Der Lobbyumsatz lag 2011 bei 4,55 Millionen Euro.

In der Rue Montoyer ist außerdem der **Europäische Bankenverband (EBF)** und das **European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF)** zu finden (siehe S. 46).

Rue d'Arlon

Concert Noble, Rue d'Arlon 82

Dieses Gebäude ist einer der prestigeträchtigsten Veranstaltungsorte des EU-Viertels und wurde 1873 als Festhalle für belgische Adelige errichtet. Es wird aber nicht nur für hochkarätige Veranstaltungen genutzt, sondern häufiger für "private" Versammlungen im noblen Rahmen. Einige Jahre lang diente das Gebäude als Veranstaltungsort für die jährliche "Ballnacht der Kapitalisten", zu dem in Smoking gekleidete Vertreter von radikal wirtschaftsliberalen Denkfabriken zusammenkamen. Goldman Sachs nutzte Concert Noble im Sommer 2009, kurz nach dem Höhepunkt der Finanzkrise, für sein "Markets & Policy Symposium".

Cabinet DN, Rue d'Arlon 25

Cabinet DN, deren Büro sich nur einen Steinwurf vom Europäischen Parlament



entfernt befindet, wurde 2005 von den zwei dänischen ehemaligen MdEP-Assistenten Timme Bertolt Døssing und Jacob Lund Nielsen gegründet. Zu ihren Kunden zählte der brasilianische Zuckerrohrverband UNICA, der durch die Verteidigung der haarsträubenden Arbeitsbedingungen in der Zuckerrohrindustrie und der Umweltschädigung durch Brandrodung von Wäldern scharfe Kritik auslöste. Cabinet DN verspricht vollständige Vertraulichkeit der Kundendaten und versucht, potenzielle Kunden mit dem Verkaufsargument der Verschwiegenheit für sich zu gewinnen. So ließ sich Cabinet DN nur widerwillig in das EU-Transparenzregister aufnehmen, nachdem eine dänische Zeitung diese Geschäftsstrategie anprangerte. Zu den Mitarbeitern gehört der ehemalige europäische Wirtschaftskorrespondent David Gow und der ehemalige dänische EU-Abgeordnete Christian Rovsing. Der Umsatz mit Lobbyaufträgen lag 2011 knapp unter 3 Millionen Euro. Der größte Kunde war 2011 der US-amerikanische Telekommunikationskonzern AT&T.

Parc Léopold

Friends of Europe, Bibliothèque Solvay

Die Bibliothèque Solvay, ein Jugendstilgebäude, das ursprünglich Teil der Freien Universität Brüssel war, wurde vom Industriechemiker Ernest Solvay gegründet. Heute befindet sich dort **Friends of Europe**, "eine unabhängige, gemeinnützige Denkfabrik, ausgerichtet auf die Förderung der offenen Diskussion und Anregung einer neuen Sichtweise der Themen, mit denen Europa und seine Bürger konfrontiert sind".

Friends of Europe, das vom ehemaligen Journalisten Giles Merritt gegründet



Die Bibliothèque Solvay war ehemals die Zentralbibliothek der Freien Universität Brüssel - jetzt haben Lobbyisten hier ihre Büros.

wurde, bringt Industrievertreter und EU-Beamte an einen Tisch, um aktuelle Themen zu besprechen. Obwohl Friends of Europe behauptet, dass sich seine Agenda auf europäische Anliegen beschränkt, kommen Finanzierung und VIP-Partner vorwiegend aus der Wirtschaft, und seine Veranstaltungen eignen sich ideal zum Knüpfen von Kontakten. Die **Security and Defence Agenda**, deren Schirmherr der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana ist, befindet sich ebenfalls in diesem Gebäude. Diese Denkfabrik, die viele große Waffenproduzenten zu ihren Mitgliedern zählt, wurde auch von Merritt gegründet und setzt sich für die Erhöhung der europäischen Militärausgaben ein.

Rue Wiertz

Bayerische Vertretung, Rue Wiertz 77

Der **deutsche Freistaat Bayern** sicherte sich diesen luxuriösen historischen Komplex mit dem Kosenamen "Schloss Neuwahnstein" gleich beim Parc Léopold für den Kaufpreis von 30 Millionen Euro. Die 30 Mitarbeitenden der Vertretung sowie ein Dutzend Praktikant/innen betreiben bei den europäischen Institutionen Lobbyarbeit, um Bayerns Interessen zu fördern – ob es sich nun um

Landwirtschaftssubventionen handelt oder um die Förderung der Automobilproduktion (z.B. BMW). Rund 600 Veranstaltungen finden hier alljährlich statt und bieten Abgeordneten, EU-Beamten und Industrilobbyist/innen Gelegenheit sich im geselligen Rahmen bei Weißwurst, Brezeln und Weizenbier zu treffen.

Gleich um die Ecke, im wenig verlockenden Betonblock in der Rue Belliard 60-62, befindet sich die Vertretung des **deutschen Bundeslands Baden-Württemberg**. Diese ist für ihre "Schwarzwaldstube" bekannt, die kulinarische Spezialitäten aus der Heimat bietet. Ein Stockwerk des Gebäudes ist an die Top-Unternehmen Baden-Württembergs vermietet, unter anderem an Bosch und den Energiekonzern EnBW.

Rund ein Fünftel der Lobbyarbeit in Brüssel erfolgt im Auftrag von Staaten, Regionen und Städten.

Bertelsmann, Chaussée d'Etterbeek 166

Dieses Jugendstilgebäude mit der Inschrift "L'Ecole Dentaire Belge" (Belgische Zahnmedizinische Schule), das sich genau gegenüber des Parc Léopold befindet, ist heute das "Brüsseler Verbindungsbüro" des Medienkonzerns **Bertelsmann**. Das Verbindungsbüro verfügt über enge Kontakte in das EU-Parlament. So war der langjährige EU-Abgeordnete Elmar Brok bis 2011 Senior-Vizepräsident für Medienentwicklung bei Bertelsmann. Dafür erhielt er zwischen 60.000 und 120.000 Euro im Jahr. Genauer lässt sich die Nebeneinkunft nicht beziffern, da Abgeordnete ihre Einkünfte nicht exakt, sondern in Stufen angeben müssen. Mit Erreichen des Pensionsalters wurde seine Festanstellung in einen Beratervertrag umgewandelt. Dafür erhält er immer noch zwischen 5.001 und 10.000 Euro pro Monat von Bertelsmann.

Brok behauptet, seine Funktion als Abgeordneter und die Aufgaben als Angestellter bzw. Berater von Bertelsmann sauber auseinander halten zu können. Interne Informationen, die nach außen gesickert sind, zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall war. Ein Papier aus dem Jahr 1994 aus dem Brüsseler Lobbybüro berichtete stolz: "Wir haben erreicht, dass die ursprüngliche Formulierung der 'cross-ownership'-Beschränkungen [für Medien] abgeschwächt wurde..." Unterschrift: Elmar Brok.

In jüngerer Zeit drängte Brok u.a. auf die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone - die Bertelsmann sehr begrüßen würde. Brok tat dies als Mitglied des Transatlantic Policy Network, das wiederum von der Bertelsmann AG unterstützt wird.

Auch die Bertelsmann-Stiftung hat ein Büro in Brüssel, im "Residence Palace" in der Rue de la Loi. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Vertiefung und Erweiterung der EU, aktuell die Finanz- und Eurokrise sowie die EU-Außenpolitik und die transatlantischen Beziehungen. Diese will die Stiftung durch Publikationsserien wie "Transatlantic Thinkers" oder Veranstaltungen wie den Brussels Think Tank Dialog fördern. An solchen Veranstaltungen nimmt auch Brok teil. Allerdings bestreitet die Bertelsmann-Stiftung, dass es eine Kooperation mit der Lobbyarbeit der Bertelsmann AG gebe - trotz gelegentlicher Treffen mit Herrn Brok.

Place du Champs de Mars

Westlich des Square de Meeûs, am Außenrand des EU-Viertels, befindet sich der Place du Champs de Mars, auf dem der 26-stöckige Bastionsturm mit 31.484 m² an Büroflächen steht. Zu den Mietern zählen

der Wasser- und Energiegigant **Suez**, die französische Bank **Société Générale** sowie mehrere Anwaltskanzleien und Beratungsagenturen. **Freshfields Bruckhaus Deringer** ist eine der dort ansässigen internationalen Anwaltskanzleien, die, wie in einer Online-Broschüre zu lesen ist, den Kunden “strategische Politikberatung und Unterstützung bei der Gestaltung der EU-Gesetzgebung und in Verwaltungsfragen bietet”. Freshfields ist, wie viele andere Anwaltskanzleien in Brüssel, nicht nur Anwaltskanzlei, sondern auch ein Anbieter von Lobby-Dienstleistungen. Ihre Aktivitäten und Lobbykunden haben sie allerdings bis heute nicht im EU-Transparenzregister eintragen lassen (Stand Juli 2012).

Verbände wie die **European Satellite Operators Association** und der **Europäische Verband für Private Equity und Risikokapital (EVCA)** befinden sich ebenso in diesem Gebäude. Von den Büros des EVCA aus, im 17. Stockwerk, hat man einen hübschen Überblick über das EU-Viertel. Private Equity-Firmen sind umstritten, weil sie aufgekaufte Unternehmen häufig aufspalten und den Unternehmen einen Großteil der Kaufkosten aufbürden (vgl. die “Heuschrecken-Debatte”). EVCA hat 2010 mit massiver Lobbyarbeit gegen striktere Regeln für Risikokapital gekämpft (siehe S. 48).

Gleich eine Tür weiter, im Place du Champs de Mars 4, befindet sich das lokale Büro für Arbeitslose des Wohnbezirks Ixelles, wo beschäftigungslose Bewohner/innen stempeln gehen, um sich die Arbeitslosenunterstützung zu sichern. Auffallend ist der Kontrast zu den Rechtsanwält/innen und Lobbyist/innen im Bastionsturm in ihren teuren Anzügen.

Geht man von diesem Turm der Macht einmal ums Eck, gelangt man zum afrikanischen Viertel in Brüssel: Matongé. Dieses Viertel mit pulsierenden Märkten, Cafés,



Das Arbeitsamt des Bezirks Ixelles befindet sich gleich neben dem Bastionsturm.



Das "Brüsseler Haus der Nachhaltigkeit" ist Sitz verschiedener NGOs, u.a. von Corporate Europe Observatory.

Friseursalons und Musikläden liegt unweit der biederen EU-Zone. Aber auch Matongé befindet sich in einem Gentrifizierungsprozess, der den Charakter des Viertels verändern wird.

Corporate Europe Observatory hat seinen Sitz an der Grenze zwischen Matongé

und dem EU-Viertel im Brüsseler Haus der Nachhaltigkeit, Mundo-b. Das nach ökologischen Kriterien sanierte Haus bietet Büroflächen für eine Reihe von NGOs, ein Konferenzzentrum und ein Bio-Café, in dem auch kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

Der nördliche Teil des EU-Viertels ist Teil des Saint-Josse-ten-Noode-Viertels, des ärmsten Viertels in Belgien, in dem das steuerpflichtige Durchschnittseinkommen kaum mehr als 8.000 € pro Jahr beträgt und die Arbeitslosenrate extrem hoch ist (40% der jungen Menschen sind arbeitslos). Dem gegenüber stehen die 5.000 städtisch entlohnten EU-Beamten und Lobbyist/innen, die in den futuristischen Bürogebäuden arbeiten.

Bruegel, eine der meistzitierten Quellen zu EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik, befindet sich hier an der Rue de la Charité 33. Wie viele EU-Denkfabriken ist Bruegel bei seiner Arbeit stark von Industriegeldern

abhängig. Das Besondere daran: Bruegel ist eine offizielle Partnerschaft von europäischen Regierungen und Großunternehmen. Zu den Mitgliedsunternehmen zählen die Deutsche Bank, Goldman Sachs, Google, Microsoft, Pfizer, Syngenta und die Deutsche Telekom. Unternehmen sind auch im Verwaltungsrat vertreten, 2012 etwa Goldman Sachs sowie ein Telekom-Lobbyist – zusammen mit Lars-Hendrik Röller, dem Wirtschaftsberater von Angela Merkel. Bruegel betont, dass "Unabhängigkeit, Integrität und Objektivität" garantiert sind. Die engen Verbindungen zu Großbanken lassen daran jedoch Zweifel aufkommen.

Am Stadtrand

Das EU-Viertel scheint seine Grenzen ständig zu erweitern. Auf der anderen Seite des Parc du Cinquantaire, in den schicken Wohnbezirken rund um die U-Bahnstationen Merode und Montgomery gibt es immer mehr Unternehmensrepräsentanzen, Anwaltskanzleien und Lobbyagenturen. Die Kommissionsgebäude am Rond-Point Schuman und der Rue de la Loi sind per U-Bahn im Nu erreichbar. Lobby-Gigant **Kreab Gavin Anderson (KGA)** befindet sich gleich neben der U-Bahn-Station Merode. KGA ist eine der größten Beratungsagenturen, die in Brüssel für Großbanken und andere Kunden aus der Finanzbranche Lobbyarbeit betreibt, insbesondere seit sie die Agentur Houston Consulting übernommen hat. Wie viele Lobbyagenturen beschäftigt KGA eine Reihe von ehemaligen Kommissionsbediensteten, z.B. den ehemaligen Kommissar Henning Christophersen und Mogens Peter Carl, der ehemalige Generaldirektor bei der Generaldirektion Umwelt, der für KGA-Kunden im Bereich Umwelt tätig ist. Gleich ums Eck, in der Avenue de Tervueren 8, ist das Brüsseler Büro des Energiekonzerns **Vattenfall** zu finden (siehe S. 52).

Microsoft, Avenue des Nerviens 85

Der Sitz des Softwaregiganten **Microsoft** befindet sich in der Avenue des Nerviens, neben dem Parc du Cinquantaire. Das Gebäude, "Microsoft Executive Briefing Center for European Innovation" genannt, ist wahrscheinlich das größte Brüsseler Lobbybüro eines Einzelunternehmens. Microsoft hat im Transparenzregister der EU angegeben, von Juli 2010 bis Juni

2011 knapp unter 4,75 Millionen Euro für Lobbyarbeit ausgegeben zu haben. Neben der Lobbyarbeit, die Microsoft direkt betreibt, ist das Unternehmen an rund 40 Lobby-Koalitionen beteiligt, z.B. AmCham EU, BusinessEurope, Voices for Innovation, World Federation of Advertisers und der Allianz Business Action to Stop Counterfeiting and Piracy BASCAP. Microsoft beteiligt sich auch an Denkfabriken, wie Friends of Europe und dem Centre for European Policy Studies (CEPS) und beauftragt zudem Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien. Ein umstrittenes Beispiel dieser Auftragslobbyarbeit war die Kampagne für Kreativität (Campaign for Creativity, C4C), die 2005 in der EU die Einführung von Software-Patenten nach dem amerikanischen Modell bewirken sollte. C4C behauptete, Künstler und kleine Programmierunternehmen zu vertreten, wurde aber in Wirklichkeit von der Londoner Lobby-Agentur **Campbell Gentry** organisiert und erhielt Unterstützung in unbestimmter Höhe von Softwarekonzernen wie Microsoft und SAP sowie dem internationalen Verband der Softwareindustrie CompTIA. Die Kampagne C4C wurde kurz nach der letzten Abstimmung über die Richtlinie beendet.

Centre for European Energy Strategy (CERES), Avenue de Tervueren 168

Das Zentrum für die europäische Energiestrategie (Centre for European Energy Strategy, CERES) liegt weiter unten in der Avenue de Tervueren, auf Nummer 168. **CERES** ist auf die Beratung großer Energiekonzerne spezialisiert,

einschließlich der Atomindustrie, und wurde vom ehemaligen EU-Abgeordneten Rolf Linkohr (SPD) gegründet. Linkohr wurde 2007 als Sonderberater des Energiekommissars Andris Piebalgs auf Grund von möglichen Interessenkonflikten entlassen. Er hatte bis dahin seine Rolle als EU-Berater mit der Arbeit als Berater für große multinationale Energiekonzerne kombiniert. Der Europäische Stein- und Braunkohleverband (**Euracoal**) und die deutschen Kohle-Lobbygruppen **DEBRIV** und **Deutsche Kohlenbergbau** befinden sich im selben Stockwerk, ebenso der **Internationale Kadmiumverband (ICdA)** und das **Europäische Politikbüro des WWF**. Der WWF stellt im NGO-Sektor eine Ausnahme dar, weil er bereit ist, mit der Industrie Partnerschaften einzugehen. Nicht wenige dieser Partnerschaften wurden kritisiert, weil sie der Industrie die Möglichkeit bieten, ihren Aktivitäten ein grünes Image zu verleihen. Beispiele sind die Partnerschaften mit CocaCola im Bereich Wasser und Monsantos Beteiligung am Runden Tisch für verantwortungsvolle Sojaproduktion (Roundtable for Responsible Soy).

European Roundtable of Industrialists (ERT), Place

des Carabiniers, 18a

Der Europäische Runde Tisch der Industriellen (European Roundtable of Industrialists, ERT) ist eine einflussreiche Lobby-Gruppe, die sich aus leitenden Geschäftsführern und Vorständen von mindestens 45 der größten transnationalen Unternehmen der EU zusammensetzt. Ihre Büros befinden sich auf der Place des Carabiniers am östlichen Brüsseler Stadtrand. Den Vorsitz des ERT hat 2012 Leif Johansson von Ericsson inne; die Arbeitsgruppen werden u.a. von Top-Managern

von Siemens, Nestlé und Lafarge geleitet. Der ERT übt großen Einfluss aus, vor allem bei seinem wichtigsten Thema: dem EU-Binnenmarkt. So beeinflusste seine Lobbyarbeit die Europäische Einheitliche Akte (EEA), die 1986 verabschiedet wurde und den Vertrag von Rom reformierte (die Gründungsakte der Europäischen Union). Das ehemalige ERT-Schwergewicht Baron Daniel Janssen beschrieb die Rolle des ERT als Führer einer "Doppelrevolution": "Verringerung der Macht des Staats und des öffentlichen Sektors, in der Regel durch Privatisierung und Deregulierung" und "Übertragung eines Großteils der nationalstaatlichen Macht auf eine modernere und international ausgerichtete Struktur auf europäischer Ebene". Der ERT ist nur selten mit einzelnen Gesetzen befasst. Vielmehr konzentriert er sich auf Verträge und Strategien, einschließlich der aktuellen Strategie Europa 2020, in der die EU ihre neoliberal geprägten Wirtschaftsreformen definiert.



European Chemical Industry Council (Cefic), Avenue E. van Nieuwenhuyse 4

Der Europäische Rat der Chemieindustrie **Cefic** ist einer der größten Wirtschaftsverbände in Brüssel. Er beschäftigt nach eigenen Angaben 150 Mitarbeiter, von denen 71 als Vollzeit-Lobbyisten arbeiten. Von Oktober 2010 bis September 2011 gab Cefic nach eigenen Angaben 6 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus, während das Gesamtbudget bei 40 Millionen Euro lag. 2009 wurde Cefic vorübergehend aus dem Register der Europäischen Kommission verbannt und erst wieder zugelassen,

nachdem seine deklarierten Lobby-Ausgaben von "weniger als 50.000 Euro" auf damals 4 Millionen Euro erhöht wurden. Selbst die aktuell angegebenen 6 Millionen Euro stellen immer noch einen auffallend geringen Anteil des Gesamtbudgets der Organisation dar. Derzeit verfügen fünf Cefic-Lobbyist/innen über Hausausweise für das EU-Parlament (Stand Juli 2012).

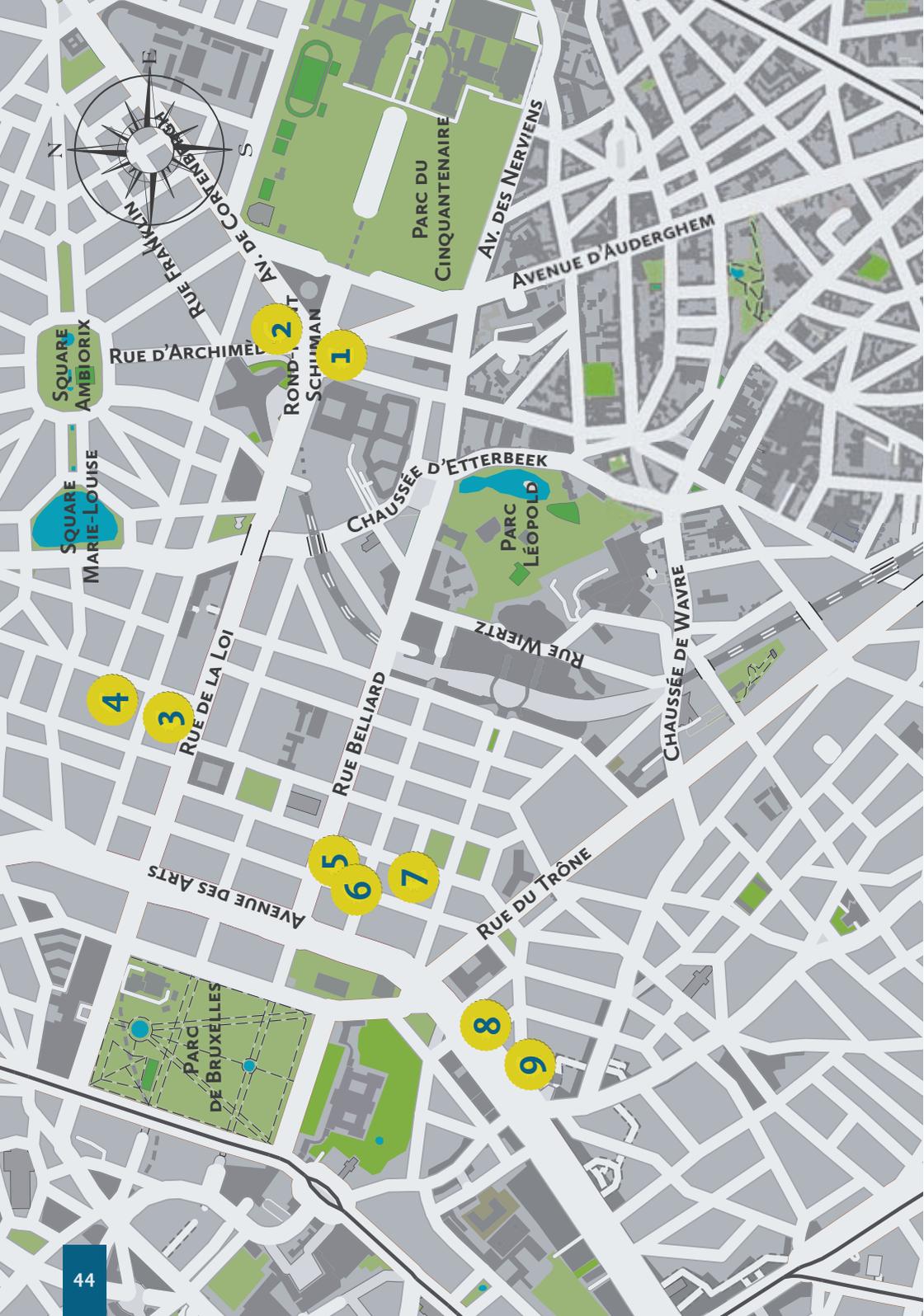
Cefic war einer der wichtigsten Akteure im Kampf der chemischen Industrie gegen die EU-Chemikalienverordnung REACH (siehe S. 38). Außerdem setzte der Verband sich energisch dafür ein, dass die Chemieindustrie nicht die Kosten der Maßnahmen gegen den Klimawandel im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (ETS) tragen musste. Cefic argumentierte damit, dass höhere Kosten die Chemieindustrie aus Europa vertreiben und dadurch Jobs aus der EU abziehen würden. In der Folge erhalten Chemiehersteller in der nächsten Phase des ETS kostenlose Zertifikate.

ASD (AeroSpace and Defence Industries Association of Europe), Avenue de Tervueren 270

Die europäische Vereinigung der Luftfahrt- und Verteidigungsindustrie **ASD** ist der Dachverband der europäischen Rüstungsindustrie. Sie entstand 2004 aus einer Fusion von drei Lobbyorganisationen und vertritt 28 nationale Verbände aus 20 europäischen Ländern. Im Lenkungsausschuss sitzen 18 Großkonzerne der Luftfahrt- und Rüstungsindustrie. Der derzeit im Entstehen begriffene Markt für "Heimatschutz", der die Grenze zwischen herkömmlicher Verteidigung und Polizeiarbeit verschwimmen lässt, bietet der Waffenindustrie eine lukrative Gelegenheit, ihre Umsätze zu steigern und sich ihres Images als "Kriegsindustrie" zu entledigen. Die EU - die sich selbst als "zivile Macht" sieht - unterstützt

diesen Ansatz mit ihrem Programm zur Finanzierung von Sicherheitsforschung.

Das Brüsseler Lobbybüro des Gentechnik-Konzerns **Monsanto** (siehe S. 55) ist ebenfalls in der Avenue de Tervueren 270 angesiedelt.



Die Finanzlobby

Lobbyarbeit der Finanzindustrie in den USA und in Europa war maßgeblich dafür verantwortlich, die De-Regulierung der Finanzmärkte voranzutreiben und durchzusetzen - mehr Regulierung hätte wahrscheinlich die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 verhindern können. Trotz der verheerenden Auswirkungen der Krise betreiben Großbanken, Hedge-Fonds und sonstige Investment-Fonds weiterhin Lobbyarbeit gegen eine effektive Regulierung ihrer Aktivitäten. Im Folgenden ein kurzer Leitfaden zu den wichtigsten Lobbyorganisationen der Finanzindustrie in Brüssel.

1 **City of London**, Rond Point Schuman 6

City of London betreibt Lobbyarbeit im Auftrag Hunderter von Banken und Investmentfonds, die vom Finanzzentrum Großbritanniens – der tatsächlichen City of London - aus agieren. Die Organisation hatte eine führende Funktion bei Industriekampagnen gegen verschärfte EU-Regeln für Hedgefonds und privates Beteiligungskapital. Im Rahmen dieser Kampagnen wurden auch öffentlichkeitswirksame Aktionen organisiert, etwa der Besuch des Londoner Bürgermeisters Boris Johnson in Brüssel im September 2009, um beim damaligen Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy und bei EU-Abgeordneten Lobbyarbeit zu betreiben. City of London hat ihre Aktivitäten im EU-Transparenzregister bisher nicht offengelegt (Stand Juli 2012).

2 **European Financial Services Roundtable (EFSR)**, Rond

Point Schuman 11 (5. Stock)

Der **Europäische Runde Tisch für Finanzdienstleistungen (ESFR)** wurde nach dem Vorbild des Europäischen Runden Tisches der Industriellen (ERT, siehe Seite 42) geschaffen. Mitglieder sind wie beim ERT nicht die Unternehmen selbst, sondern deren Topmanager oder auch Aufsichtsräte.

Derzeit besteht der EFSR aus 18 Mitgliedern aus einigen der größten Finanzunternehmen Europas, vor allem Banken. Der EFSR arbeitet eng mit seinem US-amerikanischen Pendant, dem Financial Services Roundtable, zusammen. Er betreibt unter anderem Lobbyarbeit für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Marktes für private Altersvorsorge durch Liberalisierung im großen Stil.

3 **GD Binnenmarkt**, Rue de Spa 2

Die **Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen** unterhält enge Verbindungen mit dem Finanzsektor, unter anderem über Beratungsgruppen ("Expertengruppen"), die die Kommission bei Gesetzen beraten. Viele Expertengruppen im Bereich Finanzmärkte werden von Vertretern des privaten Finanzsektors dominiert. Es gibt mehr Unternehmenslobbyisten, die die Kommission als Mitglieder von Expertengruppen beraten, als Kommissionsmitarbeiter, die in der GD Binnenmarkt an Regulierungsfragen arbeiten. Der ehemalige Kommissar McCreevy wurde für seine zu große Nähe zum Finanzsektor heftig kritisiert, unter anderem von den Sozialdemokraten, die ihn beschuldigten, als "bezahlter Lobbyist zu agieren". Sein Nachfolger Michel Barnier hat zu einem ausgewogeneren Ansatz aufgerufen, und

inzwischen einige der von Unternehmensvertretern dominierten Gruppen aufgelöst. McCreevy hat seit seinem Ausscheiden aus der Kommission eine Reihe von Lobby-Jobs im Privatsektor angenommen, u.a. bei der Derivate-Tochter der Bank of New York Mellon.

4 **Alternative Investment Management Association**

(AIMA), Rue de Spa 30

AIMA ist die globale Lobbyorganisation der Hedge-Fonds und arbeitet eng mit der größten Hedge-Fonds-Lobbygruppe der USA, der "Managed Funds Association", zusammen. Zu den Unterstützern der Organisation gehören auch Firmen, die mit Hedge Fonds gute Geschäfte machen, so etwa die Deutsche Bank, Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen. Ihr wichtigstes Ziel besteht darin, die Regulierung für Hedgefonds auf einem Minimum zu halten. Die Gruppe, die in Brüssel von den Lobby-Agenturen FIPRA und Hume Brophy unterstützt wird, spielte im Abwehrkampf der Industrie gegen die vorgeschlagene Investmentfonds-Richtlinie eine führende Rolle. Tatsächlich wurde bereits der Richtlinien-Entwurf von vielen Seiten als zu lasch kritisiert. Doch AIMA und andere Industrie-Lobbygruppen stellten sich radikal gegen die von der Kommission vorgeschlagenen bescheidenen Transparenzverpflichtungen.

5 **European Banking Federation**

, Rue Montoyer 10

Die **EU-Bankenvereinigung (European Banking Federation, EBF)** vertritt 5.000 Banken aus 31 europäischen Ländern. Europäische Großbanken wie HSBC, BNP-Paribas, Deutsche Bank, Barclays, die Royal Bank of Scotland und Crédit Agricole sind einflussreiche Mitglieder.

Im Juli 2009 hat die EBF zusammen mit anderen Finanzlobby-Gruppen und BusinessEurope die EU ersucht, ein Bailout jener Banken und Versicherungsunternehmen zu koordinieren und zu optimieren, bei denen ein Zusammenbruch von europaweiter Bedeutung wäre. Gleichzeitig setzte sich die EBF in Reaktion auf die maßgeblich von ihren eigenen Mitgliedern verursachte Krise für staatliche Sparmaßnahmen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes ein. Zudem versuchte sie, verschärfte EU-Gesetzgebung gegen Steueroasen zu verzögern.

Viele der prominenten Mitglieder der EBF sind auch Mitglieder des "EZB-Schattenrats", einem Gremium von Bank-Lobbyisten, das vor jedem Treffen der Europäischen Zentralbank (EZB) eine eigene Stellungnahme zu den Themen der Tagesordnung der EZB abgibt. Die Großbanken drängten die EZB dazu, einen möglichst niedrigen Spitzenrefinanzierungssatz einzuführen. Als die EZB Ende 2010 begann, Kredite an Regierungen auszugeben, konnten die Großbanken enorme Profite erzielen, indem sie bei der EZB Kredite zu einem Zinssatz von 1% aufnahmen und diese dann zu einem wesentlich höheren Zinssatz an die griechische, irische und portugiesische Regierung weitergaben.

6 **European Parliamentary Financial Services Forum**

(EPFSF), Rue Montoyer 10

Das **European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF)** dient der European Banking Federation als Plattform im Europäischen Parlament. Theoretisch handelt es sich um ein "Forum für den Dialog zwischen Industrie und Parlament", das "kein Lobbying betreibt". Aber die 55 zahlenden Mitglieder der Finanzbranche nutzen die vom Forum veranstalteten Mittags- und Frühstücksdebatten eindeutig

dafür, wichtige Abgeordnete zu beeinflussen. Journalisten und die Bürgergesellschaft sind nur selten eingeladen. Die ehemalige Abgeordnete Piia-Noora Kauppi, die früher den Vorsitz des Forums inne hatte, übernahm 2008 die Leitung der finnischen Bankenlobby. Kauppi trat auch in den Lenkungsausschuss der EBF ein und wurde Vorsitzende des European Banking Industry Committee.

7 International Swaps and Derivatives Association (ISDA), Square de Meeûs 38-40

Die **International Swaps and Derivatives Association (ISDA)** – einer der Gewinner des Worst EU Lobbying Award 2010 im Finanzsektor – ist am beliebten Square de Meeûs zu finden, einen kleinen Spaziergang vom Parlament entfernt. Die Organisation vertritt die Interessen der Banken und anderer Akteure auf dem Derivate-Markt. Derivate sind Papiere, deren Preise sich nach (künftigen) Kursen oder Preisen

anderer Handelsgüter oder Investments richten, und die neben der Absicherung gegen Wertverluste auch zur Spekulation verwendet werden. Der Mangel an Transparenz und die schwache Regulierung des Derivate-Markts wurden nach der Finanzkrise stark kritisiert. Die ISDA und prominente Mitglieder wie die Investmentbank Goldman Sachs drängten die Europäische Kommission jedoch dazu, nur wenig dagegen zu unternehmen – mit dem Argument, dass strengere Bestimmungen der Wirtschaft schaden würden. ISDA dominierte u.a. eine neu eingerichtete Expertengruppe der EU-Kommission zu Derivaten und kämpfte massiv gegen Maßnahmen wie ein Verbot von sogenannten Leerverkäufen.

8 Deutsche Bank, Avenue Marnix 13-15

Die Deutsche Bank ist einer der aktivsten Akteure der Bankenlobby in Brüssel – und zugleich einer der intransparentesten: Sie hat sich bislang nicht in das EU-Lobbyregister eingetragen (Stand: Ende Juli 2012).

Für ihre Lobbyarbeit gewann die Deutsche Bank die Lobbykatie-Medaille des Jahres 2011.



Die Bank arbeitet offensichtlich lieber abseits der Öffentlichkeit. Als ein Journalist der Zeit über die Lobbyarbeit der Banken recherchierte, besuchte er den Büroleiter der Deutschen Bank, Ansgar Tietmeyer. Bereits nach fünf Minuten sei das Gespräch zu Ende gewesen. Tietmeyer gebe zwar gern Auskunft im Hintergrund, er könne wohl auch mal ein Kommissionspapier weiterreichen. Aber dass sein Name in der Zeitung auftauche, sei nicht die Politik des Hauses. Da müsse er das Gespräch leider abbrechen, so die Zeit.

Die größte deutsche Privatbank verfügt über einen sehr guten Zugang zur Politik. Ihre Vertreter sitzen in mehreren Beratungsgruppen der Kommission. Josef Ackermann war in seiner Funktion als Vorsitzender des Institute of International Finance (IIF) an den Verhandlungen über einen Schuldenschnitt Griechenlands beteiligt. Für diesen privilegierten Zugang und die irreführende Außendarstellung, dass die freiwillige Gläubigerbeteiligung die Banken hart treffe, gewannen Deutsche Bank und Ackermann die Lobbykratie-Medaille 2011 (Siehe Foto S. 49). Zudem ist die größte deutsche Bank aktiv an Spekulationen mit Lebensmittelpreisen beteiligt. Während der globalen Lebensmittelkrise 2007-2008 machte sie Werbung für ihren Agriculture Euro-Fonds und bot so den Investoren die Möglichkeit, von den steigenden Lebensmittelpreisen zu profitieren – während es für viele Menschen immer schwerer wurde, sich mit genügend Nahrungsmitteln zu versorgen. Spekulationen auf den Lebensmittelmärkten beruhen auf ähnlich umstrittenen Instrumenten, wie die, die zum Zusammenbruch der Finanzmärkte in den USA und in Europa führten. Diese Spekulationswerkzeuge wurden in Brüssel von der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) und der Futures and Options Association (FOA) beworben, in

denen die Deutsche Bank Mitglied ist. ISDA setzte sich stark gegen Versuche zur Wehr, die Spekulation mit Lebensmitteln einzuschränken oder zu verbieten.

9 European Private Equity and Venture Capital Association,

Place du Champ de Mars 5

Die **European Private Equity and Venture Capital Association (EVCA)**, die sich im Bastionsturm auf der Place du Champ de Mars 5 befindet, gleich bei der U-Bahn-Station Porte de Namur, kämpft ebenfalls gegen die stärkere Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity-Firmen. Private Equity-Firmen sind umstritten, weil sie aufgekaufte Unternehmen häufig aufspalten und den Unternehmen einen Großteil der Kaufkosten aufbürden. Wie bei der ISDA ist auch hier das Hauptargument: striktere Bestimmungen würden die Wettbewerbsfähigkeit der EU beeinträchtigen. Die EVCA beschäftigt rund 30 Mitarbeiter, die die Interessen großer Investmentfirmen vertreten, persönlich Lobbyarbeit leisten oder hinter den Kulissen die Fäden ziehen. Im April 2010 lehnten Hunderte von kleinen und mittelgroßen Unternehmen in einem Brief die geplante Regulierung von Private Equity-Fonds, Hedge-Fonds und anderen sogenannten "alternativen Investmentfonds" ab. Recherchen des Corporate Europe Observatory zeigten aber, dass in Wirklichkeit die EVCA hinter dieser Initiative steckte. Die meisten der Firmen waren von EVCA-Mitgliedern finanziert, der EVCA-Leiter für Kommunikation hatte den Brief editiert und EVCA selbst die Unterschriften gesammelt. Diese Maskerade ist ein typisches Beispiel, wie Lobbyisten gerne kleine Unternehmen für ihre Interessen einspannen, weil sie sich dadurch mehr Glaubwürdigkeit und Einfluss versprechen.

Eurofi – in Brüssel

vertreten, in Paris ansässig

Diese Denkfabrik, die ihren Sitz in Paris hat, wird von großen europäischen Banken finanziert und agiert als Lobbyorganisation. Im Herbst 2010 organisierte die **Eurofi** beispielsweise eine Konferenz für den Bankensektor im großen Stil, bei der Goldman Sachs und andere Eurofi-Mitglieder die vorgeschlagene stärkere Regulierung ihrer Geschäfte angriffen.

Den Vorsitz hat der ehemalige Vorsitzende des IWF und Berater der Bank BNP-Paribas, Jacques De Larosière, inne. Er war der Vorsitzende der Hochrangigen Gruppe zur Finanzsupervision (High Level Group on financial supervision), die Ende 2008 von Kommissionspräsident José Manuel Barroso gegründet wurde, um die

Antwort der EU auf die Wirtschaftskrise mitzugestalten. Die achtköpfige Experten-Gruppe war extrem einseitig besetzt. Vier Mitglieder hatten direkte Verbindungen zu den Großen der Finanzbranche.

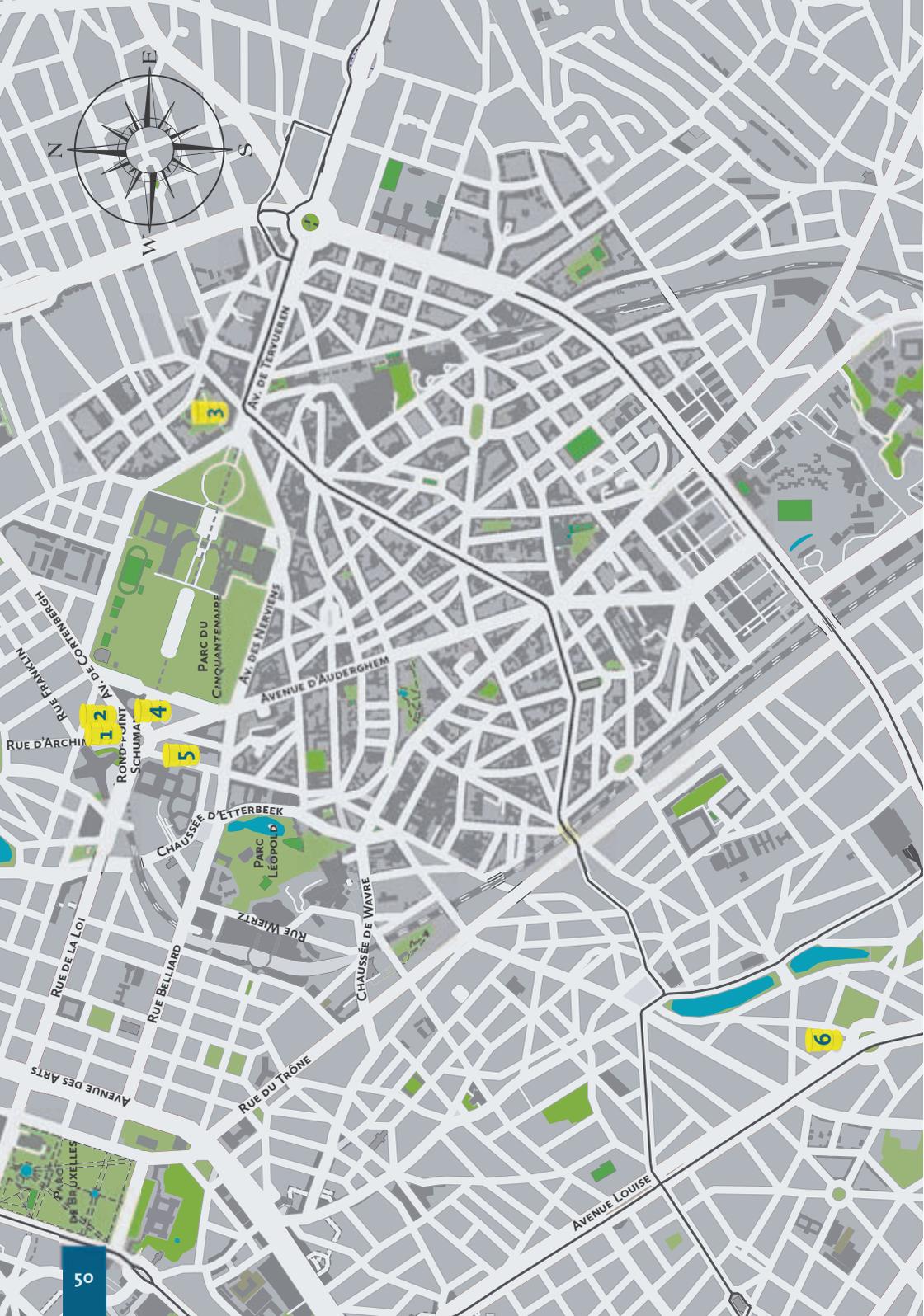
Jacques de Larosière selbst war Berater der französischen Großbank BNP Paribas, Otmar Issing war Berater von Goldman Sachs und Onno Ruding beriet CitiGroup. Mit Rainer Masera war zudem der ehemalige Geschäftsführer von Lehman Brothers Italy in der Gruppe vertreten. Einem fünften, Callum McCarthy, wurde in seiner Rolle als Chef der britischen Finanzaufsicht FSA grobes Versagen vorgeworfen. Ein weiteres Mitglied, Leszek Balcerowicz, gilt als marktradikaler Gegner von Regulierung. Kritische Perspektiven fehlten in der Gruppe.

Informelle Netzwerke und Seitenwechsel

Eine wichtige Grundlage für den Einfluss der Finanzbranche sind die langjährigen Netzwerke aus Aufsichtsbehörden, staatlichen Entscheidungsträgern und Finanzbranche. Wichtige Personen wechseln dabei häufig zwischen den Seiten hin und her. Die Finanzlobby gewinnt so Insiderkenntnisse und einen privilegierten Zugang zur Politik. Über die Jahre hinweg fördern die Seitenwechsel die Entstehung informeller Netzwerke, die häufig auch ähnliche Überzeugungen teilen. Erstaunlicherweise haben diese Netzwerke die Finanzkrise relativ gut überstanden.

Der Lebenslauf von Jacques de Larosière ist selbst ein gutes Beispiel für das Wechselspiel zwischen Finanzlobby und Politik: Er war für den Internationalen Währungsfond tätig, wurde dann Gouverneur der Banque de France und Präsident der Europäischen

Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Nach dieser Laufbahn wurde er Berater der französischen Großbank BNP Paribas. 2003/4 beriet er die globale Lobbyorganisation der Banken, das International Institute of Finance (IIF). Damals ging es um die Umschuldung von Schwellenländern, wobei das IIF einen freiwilligen Ansatz gegenüber einem geordneten Staateninsolvenzverfahren durchsetzte. Kurz nach der Finanzkrise leitete er dann die Expertengruppe der EU-Kommission. Danach konnte ihn die Bankenlobby erneut für sich gewinnen. Larosière wurde Ko-Vorsitzender der Market Monitoring Group des IIF. Diese bezog immer wieder zu aktuellen Regulierungsvorhaben Stellung und warnte teilweise vor zu hohen Anforderungen an die Banken.



Die Energie- und Verschmutzer-Lobby

Die Industrie hat mit ihrer Lobbyarbeit maßgeblich an der Schwächung und Aushöhlung der EU-Klimapolitik mitgewirkt. Statt verbindlicher Reduktionsvorgaben wurde ein Bündel relativ schwacher Maßnahmen eingeführt. Dazu gehört der Handel mit Emissionszertifikaten sowie gefährliche Pseudolösungen wie der Einsatz von Bio-Kraftstoffen. Der Industrie ermöglichen diese Maßnahmen, weitgehend unverändert zu operieren, CO₂ zu emittieren und zusätzlich von einem neuen Markt zu profitieren.

1 BP, Rond-Point Schuman 11

Der Ölkonzern BP ist ein bedeutender Akteur der Brüsseler Lobby-Szene. Seine Büros befinden sich im Archimedes-Gebäude am Rond-Point Schuman 11.

BP betrieb aktiv Lobbyarbeit, um die EU-Klimapolitik zu beeinflussen. Der Konzern setzte sich für den Emissionszertifikatehandel als wichtige klimapolitische Maßnahme ein – um strengere Regeln zu verhindern. Seit der Einführung des EU-Emissionshandelssystems (ETS) betrieb BP Lobbyarbeit zur Sicherung kostenloser Zertifikate für seine Raffinerien. 2007 wurde der damalige Vorsitzende von BP, Peter Sutherland, zum Berater für Energie und Klimawandel des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso benannt.

2 Shell, Rond-Point Schuman 11

Shell ist der weltweit größte und CO₂-intensivste Ölkonzern (in CO₂ pro Barrel gemessen). Seit kurzem ist sein Brüsseler Büro ebenfalls am Rond-Point Schuman angesiedelt.

Shell verweigert seit Jahren die klare Verantwortung für seine Vergehen an der Umwelt und für die Unterwanderung von Regierungen, wie in Nigeria. Der Ölgigant

spielt oder spielte eine wichtige Rolle im World Business Council for Sustainable Development, der Global Climate Coalition und der Denkfabrik Centre for European Policy Studies. 2009 war Shell wegen seiner Lobbykampagne gegen Klimaschutzmaßnahmen vor der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen Zweitplatzierte beim Angry Mermaid Award, einem Negativpreis für Lobbyarbeit gegen den Klimaschutz.

Während Shell behauptet, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu unterstützen, betreibt es Lobbyarbeit für eine geringere Senkung des Treibhausgas-Ausstosses und für Fördergelder für die umstrittene Technik zur Abscheidung und Lagerung von CO₂ (Carbon Capture & Storage, CCS). Der Konzern propagiert CCS als eine wirksame Maßnahme im Kampf gegen die globale Erwärmung - eine Lösung, die es Shell und anderen ermöglichen würde, fossile Brennstoffe weiterhin abzubauen und einzusetzen. Shell ist auch einer der führenden Verfechter des CO₂-intensiven, für die Umwelt verheerenden Teersandabbaus in Kanada. Shell argumentiert dagegen, der Abbau sei auf umweltfreundliche Weise möglich.

3 **Vattenfall**, Avenue de Tervueren 8

Im September 2008 fand auf dem Place du Luxembourg ein verblüffendes Beispiel für eine Aktion zur Vortäuschung umweltfreundlicher Ziele statt – bedanken können wir uns dafür bei dem schwedischen Energieunternehmen **Vattenfall**. Das Unternehmen füllte den Platz mit kleinen, orangefarbenen Plastikfiguren. Jede Figur sollte für einen Unterzeichner des sogenannten "Klima-Manifests" von Vattenfall stehen. Das Manifest sei laut Vattenfall darauf ausgerichtet, "den Klimawandel zu bremsen".

Dabei war es vor allem ein Beispiel für irreführende PR. Das Manifest forderte einen weltweit gültigen Preis für CO₂-Emissionen, die Förderung klimafreundlicher Technologien und Klimaschutzstandards für Produkte. Das klang gut – aber in Wirklichkeit sollte es die Interessen von Vattenfall voranbringen. Ein weltweit gültiger Preis für CO₂-Emissionen heißt im Klartext nämlich: die EU soll nicht mit einem strengeren Klimaschutz vorangehen. Die Förderung klimafreundlicher Technologien zielt auf staatliche Subventionen für die umstrittene CO₂-Abscheidetechnik

in Kohlekraftwerken ab und Produktstandards meint die Verlagerung der Verantwortung für den Klimaschutz weg von den Energieerzeugern wie Vattenfall hin zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Vattenfall ist der viertgrößte Stromproduzent Europas und hat 2008 82,5 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Während der Konzern sich öffentlich als umweltbewusstes Unternehmen präsentierte, betrieb er parallel von seinem Büro in der Avenue de Tervueren aus Lobbyarbeit für den weiteren Ausbau der Kohleenergie und die Förderung von CCS-Technologie.

Vattenfall ist Mitglied einer Reihe von internationalen Industrieverbänden, einschließlich der Industriekampagne "3C - Combat Climate Change" und der Initiative "Caring for Climate" des Global Compact, der speziell auf die UN-Klimagesprache ausgerichtet ist. Die rechtlichen Schritte des Unternehmens gegen die in Deutschland verordneten umweltbezogenen Einschränkungen für Kohlekraftwerke aber sind weniger umweltfreundlich.

Carbon Capture & Storage

Die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) soll die kohlebetriebenen Kraftwerke von Vattenfall und anderen Energiekonzernen sauberer machen. Denn Kohle ist eine der klimaschädlichsten Energiequellen. Vattenfall verfeuert in 20 Kraftwerken in Europa Kohle, und weitere Kraftwerke sind geplant. Laut der Internationalen Energieagentur (einem Verfechter von CCS) wird die Technologie kaum vor 2020 kommerziell nutzbar sein - zu spät, um den gefährlichen Klimawandel zu verhindern. Vattenfall hat erfolgreich für

politische und finanzielle Unterstützung von CCS in Europa Lobbyarbeit betrieben. Für die Kohlelobby ist CCS eine hervorragende Möglichkeit, zunächst nichts an ihrem bestehenden Geschäftsmodell zu verändern und gar neue Kohlekraftwerke bauen zu können – immer mit dem Verweis auf die weit in der Zukunft liegenden Versprechungen durch CCS. Doch melden Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen bereits jetzt massive Bedenken an der Sicherheit der Endlagerung von CO₂ an.

4 International Emissions Trading Association (IETA), Rue de la Loi 235

Die **IETA** setzt sich für einen weltweiten Markt für Treibhausgas-Zertifikate ein. Ein globaler Markt soll es Unternehmen und Ländern ermöglichen, mit Verschmutzungsrechten weltweit Handel zu treiben. Die IETA vertritt alle wichtigen Akteure mit Interesse am Emissionshandel (einschließlich Shell, BP, JP Morgan, Deutsche Bank usw.). Sie wurde von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und dem World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) gegründet. Der Sitz der IETA befindet sich in der Rue de la Loi 235.

Die IETA entsendet regelmäßig die größte "nichtstaatliche" Delegation zu den UN-Klimagesprächen. Ein globaler Emissionshandel wird von vielen Unternehmen befürwortet, ungeachtet der Tatsache, dass der CO₂-Handel im Globalen Süden zu Ausbeutung führen kann (durch "CO₂-Projekte"), und der zahlreichen Anzeichen dafür, dass der CO₂-Markt der EU grundlegende Mängel aufweist. So liegt der Preis für ein Emissionszertifikat zur Zeit (Mai 2012) derart niedrig, dass es sich für viele Unternehmen nicht lohnt, in emissionsreduzierende Maßnahmen zu investieren.

5 Daimler, Rue Froissart 133

In den 1990er-Jahren verpflichtete sich die Automobilindustrie im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung mit der Kommission dazu, die CO₂-Emissionen von Autos bis 2010 deutlich zu senken. 2006 war es offensichtlich, dass das Ziel auf freiwilliger Basis nicht erreicht würde, und die Kommission beschloss, ein verpflichtendes Ziel vorzugeben. **Daimler** und andere Autohersteller initiierten eine umfangreiche Lobby-Offensive und

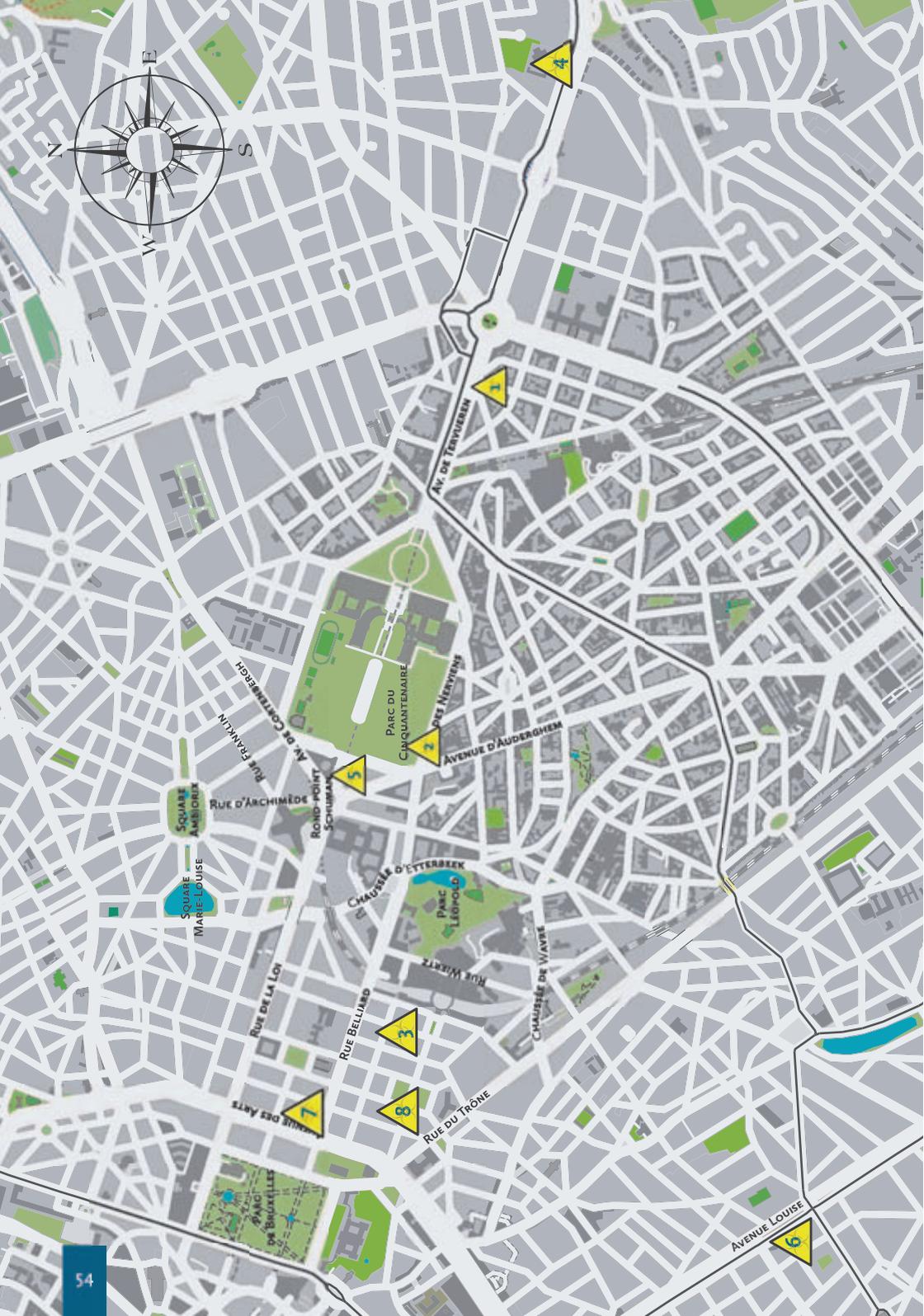
konnten die verpflichtenden Ziele der EU in Bezug auf CO₂-Emissionen von Autos erfolgreich verwässern. Für diese Kampagne wurde Daimler zusammen mit BMW und Porsche 2007 der Worst EU Lobbying Award verliehen.

6 International Air Transport Association, Avenue Louise 350

Die **International Air Transport Association (IATA)** ist der Dachverband der internationalen Luftfahrtindustrie. Seine Büros befinden sich in der Avenue Louise 350, und zu den 230 Mitglied-Fluggesellschaften zählen Unternehmen wie British Airways, Lufthansa und Qantas.

Die IATA betrieb sowohl auf EU-Ebene als auch auf UN-Ebene jahrelang Lobbyarbeit gegen gesetzliche Vorgaben zur CO₂-Reduktion. IATA rechnete die Daten zu Emissionen im Flugverkehr klein und versuchte in den vergangenen Jahren immer wieder, sich ein umweltfreundliches Image zu geben. Die Brüsseler Umweltorganisation Transport & Environment bezeichnete die Botschaften des Verbandes als "fast 100% von der Wahrheit entfernt".

Die Luftfahrt wurde schließlich Anfang 2012 in das Emissionshandelssystem der EU einbezogen. Dadurch benötigen Fluggesellschaften, die EU-Flughäfen nutzen, Emissionszertifikate. Vor den UNO-Klimagesprächen in Kopenhagen im Jahr 2009 aber forderte die IATA ein freiwilliges Konzept zur CO₂-Verringerung, um gesetzlichen Maßnahmen zuvorzukommen.



SQUARE
MARIE-LOUISE

SQUARE
AMBIORIX

RUE FRANKIN

RUE D'ARCHIMÈDE

RUE DE LA LOI

AVENUE DES ARTS

ROND-POINT
Scheutman

RUE BELLIAUD

RUE DU TRÔNE

PARC DU
CINQUANTAIRE

CHAUSSE D'ETTERBEEK

PARC
LÉOPOLD

RUE WERTZ

AVENUE D'AUDERGHEM

CHAUSSEÉ DE WAVE

AV. DE TERNVAREN

AVENUE LOUISE

Die Lebensmittel- und Gentechnik-Lobby

Der Agrar- und Lebensmittelsektor umfasst alles von Saatgut über Agrarchemikalien bis hin zu Lebensmittelverarbeitung und -verkauf. Die Branche ist in Brüssel mit einer Fülle von Unternehmensrepräsentanten, Organisationen und Verbänden gut vertreten.

1 EuropaBio

EuropaBio (Avenue de l'Armee 6) ist der Dachverband für viele im Bereich der Biotechnologie tätigen Unternehmen. Der Verband drängt auf eine schnellere Zulassung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, mit dem Argument, Gen-Saatgut sei sicher und könne die ganze Welt ernähren und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen. Zudem kämpft er für weniger Regulierung (siehe auch FEFAC, S. 57) und für mehr öffentliche Gelder für die Biotechnologie-Forschung.

EuropaBio und die **European Seed Association (ESA)** sind glühende Befürworter von EU-finanzierten Technologieplattformen wie "Plants for the Future". Solche Plattformen ermöglichen es der Industrie, mit EU-Geldern Forschung zu betreiben und die Forschungspolitik mitzubestimmen (siehe dazu auch den Kasten auf S. 59).

EuropaBio beauftragte darüber hinaus Lobbyagenturen damit, Abgeordnete davon zu überzeugen, dass es eine vermeintliche "Pro-Gentechnik"-Bauernbewegung gäbe (siehe Seite 35).

2 EuroCommerce, Avenue des Nerviens 9

EuroCommerce vertritt nach eigenen Angaben rund 6 Millionen Unternehmen aus dem Einzelhandel, dem Großhandel und dem internationalen Handel. Zu den Mitgliedern zählen unter anderem

Carrefour, Auchan und der Fastfood-Gigant McDonald's. Die Büros von EuroCommerce sind am Ende der Avenue Auderghem, in der Avenue des Nerviens 9, zu finden. Der Verband drängt auf "weniger Bürokratie, bessere Regulierung..." und beschreibt seinen Auftrag damit, "die Sichtbarkeit des Handels zu fördern und dessen Interessen bei den Europäischen Institutionen" zu vertreten. Die Organisation spielte bei den Verhandlungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) eine maßgebliche Rolle.

3 Auch einzelne Unternehmen der Lebensmittelindustrie unterhalten eigene Lobbybüros in Brüssel. **Unilever** beispielsweise betreibt von seinem Büro in der Rue d'Arlon 50 aus Lobbyarbeit, um sich über den Runden Tisch für verantwortungsvolle Sojaproduktion (Roundtable on Responsible Soy) und den Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl (Roundtable on Sustainable Palm Oil) für die Anerkennung der Nachhaltigkeit von Palmöl und Soja einzusetzen.

4 Der Biotech-Riese **Monsanto** versteckt seinen Brüsseler Standort außerhalb des EU-Viertels in der Avenue de Tervueren 270. Das Gebäude scheint vollständig von der ING-Bank besetzt zu sein. Tatsächlich sitzt hier aber auch Monsanto – früher prangte ein Monsanto-Logo an der Fassade. Vielleicht hat sich das Unternehmen

inzwischen für eine zurückhaltende Strategie entschieden, als es bemerkte, dass seine gentechnisch veränderten Produkte in Brüssel nicht unbedingt willkommen waren.

Trotz der Kritik drängt Monsanto weiterhin auf die Genehmigung seiner "Roundup-Ready"-Sojabohne in Europa.

Zudem hat Monsanto bei der UNO dafür geworben, Gen-Soja als "klimafreundlich" anerkennen zu lassen. Monsanto ist aktives Mitglied von EuropaBio, der European Crop Protection Association und der European Seed Association.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) mit Sitz im italienischen Parma spielt eine wichtige Rolle bei der Festsetzung etwa von Grenzwerten bei Nahrungsmittelzusatzstoffen oder bei der Vorbereitung von Regeln zum Einsatz genetisch modifizierter Organismen in der Landwirtschaft. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, hat die EFSA verschiedene mit Experten besetzte Gremien, die das für die Entscheidungsfindung notwendige Wissen bereit stellen sollen. In den vergangenen Jahren ist die EFSA jedoch immer wieder in die Kritik geraten, weil einige dieser Experten, teilweise in leitender Funktion, zugleich über enge Verbindungen zur Lebensmittelindustrie verfügen. Dies gefährdet die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Expertise.

Für die personelle Besetzung der wissenschaftlichen Gremien ist der Verwaltungsrat zuständig, das oberste EFSA-Gremium. Seine Mitglieder hatten immer wieder selbst hochproblematische Verbindungen zur Industrie. So war die Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats, Diana Bánáti, zugleich Vorstandsmitglied bei einer Lobbyorganisation der Lebensmittelindustrie, dem International Life Sciences Institute (ILSI). Das ILSI wird unter anderem von Coca-Cola, Danone, Kraft, Unilever, Nestlé, McDonalds, BASF und Mons-

anto finanziert. Erst nach lauter Kritik aus dem Europaparlament und der Zivilgesellschaft trat sie 2010 von ihrem ILSI-Posten zurück. Im Mai 2012 überlegte Bánáti es sich allerdings wieder anders und trat als EFSA-Vorsitzende zurück, um sich wieder ganz ihrer Arbeit beim ILSI widmen zu können.

Es ist der EFSA und der EU-Kommission bisher nicht gelungen, die Unabhängigkeit der EU-Behörde sicherzustellen und wirkungsvoll gegen Interessenkonflikte vorzugehen. Im April 2012 räumte die EFSA ein, dass sie im Fall Suzy Renckens Fehler gemacht habe. Renckens leitete von 2003 bis 2008 die Gentechnikabteilung der EFSA. Aus dieser Position heraus wechselte sie in einen Lobbyjob bei dem Unternehmen Syngenta, das gentechnisch veränderte Pflanzen herstellt und vermarktet. Der Europäische Obmudsmann hatte die EFSA daher ermahnt, bessere Regeln für den Umgang mit Interessenkonflikten zu erarbeiten. Auch das Europäische Parlament betrachtet die Situation bei der EFSA und anderen EU-Behörden wie der European Medicines Agency (EMA) mit Sorge. So verweigerte das Parlament im Mai 2012 seine Zustimmung zum Haushalt von EFSA und EMA und forderte klare Regeln zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der Behörden vor Lobbyeinflüssen.

European Feed Manufacturers' Federation, Rue de la Loi 223

Der Europäische Futtermittelverband **FEFAC** hat seinen Sitz praktisch auf der Türschwelle des Berlaymont-Gebäudes - in der Rue de la Loi 223. Dieser Verband vertritt die europäische Futtermittelinindustrie. Sein Schwerpunkt war es in den letzten Jahren, die Nulltoleranzpolitik der EU bei nicht genehmigten gentechnisch veränderten Organismen (GVO) aufzuweichen – die gerade in Futtermitteln zu finden sind. Der Verband behauptet, dass diese Politik erhebliche Verzögerungen und Störungen von Futtermittellieferungen bewirke - obwohl von Friends of the Earth Europe durchgeführte Forschungen ergeben haben, dass sehr wenige Futtermittellieferungen kontaminiert sind.

Der FEFAC pflegt enge Beziehungen zu seinen Nachbarn in der Kommission. So ist einem internen Newsletter zu entnehmen, dass der damalige Generaldirektor der Kommissionsabteilung für Gesundheit und Verbraucherschutz, Robert Madelin, dem FEFAC riet, die Daten ein wenig zu dramatisieren, wenn er die Politiker für

sein Anliegen gewinnen möchte. Und genau das tat der FEFAC dann. Unternehmen, die in der Lebensmittel- und Agrarindustrie tätig sind, sind ebenfalls im **European Agri-Food-Netzwerk** vereint, um in gemeinsamer Sache Lobbyarbeit zu betreiben.

European Food Information Council, rue Paul Emile Janson 6

Der **European Food Information Council**, **EUFIC**, erarbeitet "wissenschaftsbasierte Informationen" zu Lebensmittelthemen "in einer für den Verbraucher verständlichen Weise". Diese Lobbyorganisation mit Sitz in der Rue Guimard 19 behauptet, glaubwürdiges, auf wissenschaftlichen Daten basierendes Fachwissen zu vermitteln. Finanziert wird EUFIC unter anderem von Coca-Cola, Danone, Cargill, Kraft Foods, Mars, McDonald's, Nestlé, PepsiCo und Unilever - sie alle sind Mitglieder - doch der EUFIC behauptet, dass er nur Meinungen von Einzelunternehmen stützt, die auf von Experten geprüften wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.

Die Gentechnologie-Lobby

Die Gentechnologie-Lobby ist in Brüssel über die Dachverbände EuropaBio (das den gesamten Biotechnologie-Sektor vertritt) und den Europäischen Saatgutverband (ESA) vertreten. Gentech-Unternehmen wie Monsanto, Syngenta, Pioneer, Bayer Cropscience, BASF, Dow Agrosciences und Novartis sind Mitglieder beider Gruppen, viele haben zudem ihre eigenen Lobbybüros in Brüssel.

Gentech-Unternehmen ist es nicht gelungen, die europäische Bevölkerung von den angeblichen Vorteilen gentechnisch veränderter Pflanzen zu überzeugen. Viele

EU-Mitgliedstaaten standen gentechnisch verändertem Saatgut in den letzten 14 Jahren skeptisch gegenüber und blockierten die Zulassung des Anbaus neuer Nutzpflanzen. Anfang 2010 jedoch genehmigte die Europäische Kommission den Anbau der umstrittenen Amflora-Kartoffel von BASF in der EU.

Die Biotech-Lobbygruppen wollen sich der EU-Nulltoleranz-Politik in Bezug auf nicht zugelassene Gen-Pflanzen in importierten Lebensmitteln oder Futtermitteln entledigen (siehe FEFAC oben).

 **FoodDrinkEurope**, Avenue des Arts 43
FoodDrinkEurope (FDE), früher unter
“Confederation of the Food and Drink
Industries of the EU” (CIAA), bekannt,
hat seinen Sitz am Rand des EU-Viertels,
nämlich in der Avenue des Arts 43. Dieser
einflussreiche Verband vertritt die großen
Lebensmittelhersteller, einschließlich
Unilever, Kraft Foods, Nestlé, Coca Cola,
Mars, Cargill und Danone.

FDE war maßgeblich an der Lobby-
Schlacht um Lebensmittelkennzeichnung

in den Jahren 2009-2010 beteiligt, mit dem
Ziel, verbraucherfreundliche “Ampel”-Eti-
ketten zu verhindern. Diese Etiketten
sollten mithilfe von Farbcodes vor Produk-
ten warnen, die besonders salz-, zucker-
und fettreich sind. Stattdessen hat FDE
Mitglieder des Europäischen Parlaments
davon überzeugt, dass ein freiwilliger An-
satz auf Grundlage sogenannter “Guided
Daily Amounts” (GDA) praktischer wäre
- vor allem für Hersteller von Produkten
mit einem hohen Zucker- und Fettgehalt,

1 Milliarde Euro gegen die Ampel

Insgesamt eine Milliarde Euro hat die
europäische Lebensmittelindustrie nach
eigenen Angaben für den Kampf gegen eine
verpflichtende Ampelkennzeichnung von
Nahrungsmitteln ausgegeben. Der Großteil
des Geldes floss dabei in die Finanzierung
einer Kampagne für die Einführung des von
der Lebensmittelindustrie bevorzugten GDA
Modells (GDA = Guided Daily Amounts,
“empfohlene Tageszufuhr”). Dabei handelt es
sich im wesentlichen um die in Deutschland
bekannten Angaben auf Verpackungen, die da-
rüber Auskunft geben sollen, wieviel Prozent
der empfohlenen Tageszufuhr eines Stoffes in
einer Portion enthalten ist. Die Organisation
Foodwatch kritisiert das GDA-System als
unverständlich und irreführend.

Monique Goyen vom Europäischen Verbrau-
cherverband (BEUC) beklagte ein erhebliches
Ungleichgewicht unter den Vertretern
verschiedener Interessen. Nach ihrer Einschät-
zung stehen im Bereich Lebensmittel jedem
Verbraucherlobbyisten etwa 100 Industrielob-
byisten gegenüber. Auch Abgeordnete beklag-
ten die massive Lobbyarbeit der Industrie: Die
holländische EU-Abgeordnete Kartika Liotard,
Schatten-Berichterstatlerin im zuständigen

Umweltausschuss, berichtete von bis zu 150
E-Mails von Vertretern der Lebensmittelin-
dustrie am Tag mit Gesetzesvorlagen und
Abstimmungsempfehlungen. Der Ausschuss
hatte über Hunderte Änderungsanträge zu
entscheiden. Viele von diesen waren direkt
von Lobbyisten an Abgeordnete herangetra-
gen und nach NGO-Recherchen von diesen
teils gänzlich übernommen worden.

Auch für externe Experten gab die
Lebensmittelindustrie bei der Verhinderung
der Ampelkennzeichnung erhebliche Mittel
aus. So wurde beispielsweise die einschlägig
bekannte PR-Agentur Fleishman-Hillard mit
einem Großauftrag bedacht, dessen Volumen
sich laut des freiwilligen EU-Lobbyregisters
auf bis zu 671.000€ belaufen könnte. Außer-
dem gab FoodDrinkEurope eigens mehrere
Studien bei dem ebenfalls von der Lebensmit-
telindustrie finanzierten Think Tank European
Food Information Council (EUFIC) in Auftrag,
um dem eigenen Kennzeichnungskonzept
zusätzliche Glaubwürdigkeit zu verleihen.
Diese Studien sollten den Nutzen des GDA
Modells belegen, ohne es jedoch überhaupt
direkt mit der Ampel zu vergleichen.

die potenzielle Kunden nicht vergraulen wollen. FDE streitet ab, eine Lobby-Organisation zu sein. Die Vorsitzende von FDE, Mella Frewen, wurde im Frühjahr 2012 von der EU-Kommission als Kandidatin für den EFSA-Verwaltungsrat nominiert. Nach viel Kritik auch vom Corporate Europe Observatory und LobbyControl entschloss sich der Rat letztlich gegen Frewen.



European Seed Association,

Rue du Luxembourg 23

Die **European Seed Association (ESA)** in der Rue du Luxembourg 23 vertritt in der EU tätige Saatgutunternehmen. In der Praxis dient ihre politische Agenda vorwiegend den Interessen der großen multinationalen Saatgutkonzerne. Zu ihren Schwerpunkten zählen geistige Eigentumsrechte auf Pflanzensorten und die Akzeptanz von gentechnisch verändertem (GV-) Saatgut.

Die ESA behauptet, dass 10 Jahre “Untätigkeit” der EU in Bezug auf den GV-Schwellenwert (der die Kontamination von Lebens- oder Futtermitteln mit ungenehmigtem Gentechnik-Saatgut anzeigt) der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Saatgutunternehmen schade. Das sei “finanziell und rechtlich inakzeptabel”. Kritiker/innen werfen der ESA vor, die bisher weitgehend ablehnende EU-Politik gegenüber gentechnisch veränderten Pflanzen durch die Hintertür aufweichen zu wollen.

Die Technologieplattformen der EU – eine Plattform für die Industrie

Es gibt 36 europäische Technologieplattformen (ETP), die von der Europäischen Kommission im Rahmen der Lissabon-Strategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit geschaffen wurden. Sie sollen die Wünsche der Industrie für das EU-Forschungsprogramm ermitteln und Beratungen dazu anbieten. Diese Plattformen sollen Industrie-Experten Einfluss darauf geben, wie einige der Forschungsgelder der EU ausgegeben werden. Sie zielen nicht auf ein Gleichgewicht gesellschaftlicher Interessen ab. Corporate Europe Observatory reichte beim EU-Ombudsmann eine Beschwerde zu

diesem parteiischen Ansatz zugunsten der Industrie ein.

Die **Europäische Technologieplattform für Biokraftstoff (European Biofuel Technology Platform, EBTFP)** wurde beispielsweise geschaffen, um strategische Beratung für Forschung zu Agrokraftstoffen zu bieten. Fast alle Mitglieder der Arbeitsgruppe stammen aus der Industrie. Die EBTFP schlug vor, dass die EU bis 2030 den Anteil von Agrokraftstoffen auf 25% erhöhen sollte. Dabei gibt es bereits starke Bedenken, ob das von der Kommission vorgeschlagene Ziel von 10% überhaupt der Umwelt nützt.

Befreiung der EU aus dem Würgegriff der Konzerne

Dieser Stadtführer stellt einige der einflussreichsten Lobbyakteure in Brüssel vor. Er zeigt die Methoden auf, mit denen Lobbyist/innen politische Entscheidungen der EU beeinflussen. Allzu oft setzen sich diejenigen mit dem größten Lobbybudget durch und schwächere Interessen – soziale, ökologische, grundrechtliche – drohen auf der Strecke zu bleiben. Wir möchten Sie mit unserem Stadtführer jedoch nicht entmutigen. Im Gegenteil möchten wir dazu motivieren, selbst aktiv zu werden. Trotz der großen Ungleichheit bei den Ressourcen und Möglichkeiten, die verschiedenen Interessen zur Verfügung stehen, setzen sich nicht immer diejenigen mit der größten Brieftasche durch: Wenn viele Menschen gemeinsam aktiv werden und sich engagieren, kann das etwas bewegen – auch gegen gut organisierte und finanzstarke Lobbyisten.

Deshalb ist es um so wichtiger, dass Lobbyismus transparenter wird und den engen Verflechtungen zwischen Entscheidungsträger/innen und einigen besonders einflussreichen Interessengruppen Schranken gesetzt werden. Dafür setzen wir uns als LobbyControl gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen im Rahmen der europäischen Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (ALTER-EU) ein.

Mit unserem Engagement sind wir selbst ein Beispiel dafür, wie gegen den Willen mächtiger Interessengruppen in Brüssel die Demokratie gestärkt werden

kann und Regelungen für mehr Transparenz durchgesetzt werden können.

Seit ALTER-EU 2005 gegründet wurde, hat sich einiges getan, damit Lobbyismus transparenter wird und damit EU-Kommissare nicht mehr ganz so leicht aus dem Amt in einen Lobbyjob wechseln können. Nicht zuletzt unserer Kampagnenarbeit ist es zu verdanken, dass 2005 mit der von der EU-Kommission ins Leben gerufenen Europäischen Transparenzinitiative das Thema Lobbytransparenz zum ersten Mal in Brüssel breit diskutiert wurde. Als dann 2008 ein erstes Lobbyregister eingeführt wurde, war das ein deutlicher Schritt hin zu mehr Transparenz. Zugleich hat das Register auch nach seiner Erweiterung 2011 noch deutliche Mängel. Wir setzen uns weiter für ein für alle Lobbyisten verpflichtendes Register ein.

Mehr Transparenz konnte auch bei den die EU-Kommission beratenden Expertengruppen durchgesetzt werden. War vor einigen Jahren noch weitgehend unbekannt, wer in den Gruppen sitzt und woran sie arbeiten, können diese Informationen heute öffentlich eingesehen werden. Das wiederum ermöglichte es uns, genauer hinzuschauen und wir mussten feststellen, dass viele Expertengruppen sehr unausgewogen mit Wirtschaftsvertretern besetzt sind. Insbesondere dort, wo es um die Regulierung einer Industrie geht, ist es problematisch, wenn Vertreter eben jener Industrie die Beratungsgruppe dominieren. Durch eigene Studien und gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ist es uns gelungen, dass die EU-Kommission das Problem inzwischen als solches anerkannt hat und erste Schritte zu mehr Ausgewogenheit unternommen bzw. angekündigt hat. Auch in den Reihen der EU-Abgeordneten haben wir inzwischen viele Verbündete. So blockierte das Parlament im Herbst 2011 einen Teil des für die Expertengruppen vorgesehenen Budgets, um die EU-Kommission dazu zu bringen, die Regeln für die Besetzung der Gruppen zu überarbeiten. Auch in anderen Bereichen kommen inzwischen positive Impulse aus dem Parlament: Es setzt sich für ein verpflichtendes Lobbyregister ein und kritisiert deutlich Interessenkonflikte bei EU-Behörden wie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (siehe S. 56).

Solche kleinen Erfolge tragen Schritt für Schritt dazu bei, Europa demokratischer und transparenter zu machen. Damit das gelingt, sind auch Sie gefragt: Werden Sie aktiv, schauen Sie hin, gehen Sie zu den Europawahlen und unterstützen Sie unsere Arbeit, wenn Ihnen dieser Stadtführer gefallen hat.

Führungen durch das EU-Viertel

CEO bietet regelmäßig Führungen durch das EU-Viertel an. Zum einen werden Einführungen in die allgemeine Lobby-Szene angeboten, zum anderen thematische Führungen, die sich speziellen Lobby-Interessen widmen. Wenn Sie an einer Führung interessiert sind, kontaktieren Sie bitte ceo@corporateeurope.org, um weitere Informationen zu erhalten.

Unterstützen Sie unsere Arbeit

Hintergrundinformationen zu allen in diesem Stadtführer enthaltenen Themen finden Sie auf unserer Website unter www.lobbycontrol.de sowie in unserem lobbykritischen Online-Lexikon www.lobbypedia.de. Oder Sie kontaktieren uns unter kontakt@lobbycontrol.de.

LobbyControl ist auf Spenden angewiesen - Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie über unsere Website spenden oder klassisch per Überweisung. Alle notwendigen Informationen dazu finden Sie unter www.lobbycontrol.de.



Corporate Europe Observatory bietet: Führungen durch das Brüsseler EU-Viertel an.



Nicht nur in Brüssel, auch in Berlin tummeln sich die Lobbyistinnen und Lobbyisten. Etwa 5.000 nehmen hier laut Schätzungen Einfluss – auf die nationale und auf die EU-Politik. Lesen Sie mehr darüber, wie unethische Lobbypraktiken, privilegierte Zugänge und Machtungleichgewichte auch in Berlin demokratische Prozesse untergraben.

Der LobbyPlanet Berlin führt anhand von 55 Stationen anschaulich in den Berliner Lobbydschungel ein. Er stellt Ihnen zahlreiche Lobbyorganisationen, Kampagnen und Netzwerke vor und erläutert ihre Methoden und Tricks an Beispielen von der Finanzlobby über die Tabakindustrie bis zur Klimapolitik.

“Wer die Touren abläuft, hat danach ein ganz neues Bild von Deutschland.”
(sueddeutsche.de)

Der LobbyPlanet Berlin kann für €7,50 plus Versandkosten über die Webseite von LobbyControl bestellt werden.

Ergänzend zum LobbyPlanet Berlin bietet LobbyControl Stadtführungen durch das Berliner Regierungs- und Lobbyviertel rund um den Bundestag an. Mehr Informationen darüber unter www.lobbyplanet-berlin.de oder unter stadtfuehrung@lobbycontrol.de.

Für Fragen rund um die Stadtführungen können Sie sich auch telefonisch an uns wenden: 0221 – 169 65 07.

Dieser Reiseführer bietet eine anschauliche Einführung in den Berliner Lobbydschungel. Anhand von über 50 Stationen zeigt er, wie die Politik in Berlin beeinflusst wird – und welche Interessen dabei zu kurz kommen. Er stellt zahlreiche Lobbyorganisationen, Kampagnen und Netzwerke vor und erläutert ihre Methoden und Tricks. Auch ohne einen Besuch in der Hauptstadt verschafft er spannende Einblicke in eine meist verborgene Dimension unserer parlamentarischen Demokratie.

Er enthält u. a.

- Karte des Regierungsviertels mit verschiedenen Routenvorschlägen
- Fakten und Trends aus der Berliner Lobbyszene
- Knappe Informationen zu zahlreichen Verbänden, Agenturen und Unternehmen
- Hintergrundinformationen zu mächtigen Akteuren wie der Energie-, Finanz-, Pharma- oder Rüstungslobby und Fallbeispiele für Kampagnen wie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ oder „Du bist Deutschland“
- Handlungsvorschläge für mehr Transparenz und Demokratie

LobbyControl ist eine gemeinnützige Initiative, die über Lobbyismus, Denkfabriken, Meinungsmache und PR in Deutschland und der EU aufklärt. LobbyControl bringt Licht in die Hinterzimmer und streitet für eine lebendige und transparente Demokratie.



LobbyPlanet BERLIN



LobbyPlanet

DER REISEFÜHRER
DURCH DEN LOBBYDSCHUNDEL **BERLIN**



www.lobbycontrol.de

LOBBY
CONTROL

Notizen



Dieser Stadtführer führt Sie durch das Dickicht der Lobbyszene der Europäischen Union und zeigt Ihnen den Alltag der dortigen Machtpolitik. Die Straßen Brüssels sind gesäumt von Unternehmensrepräsentanzen, Lobbyagenturen, Denkfabriken, PR-Firmen und Industrieverbänden, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Sie alle versuchen, politische Entscheidungen der EU zu beeinflussen – ausgestattet mit höchst unterschiedlichen Budgets und unter Anwendung unterschiedlicher, teils fragwürdiger Strategien.

Mit der aktualisierten, mit Karten versehenen Ausgabe des Lobby-Planet finden Sie Ihren Weg durch den Brüsseler Lobbydschungel mit seinen dunklen Geheimnissen.

Besuchen Sie die Büros der Energie- und Verschmutzerlobby, die die Klima-Gesetzgebung der EU aushöhlen und aufweichen will.

Oder entdecken Sie auf einer Tour zu den Protagonisten der Finanzlobby die Akteure, die seit Jahren eine wirkungsvolle Regulierung der EU-Finanzmärkte verhindern.

Sie können auch die Lobbyistinnen und Lobbyisten der Agrarindustrie aufsuchen, die Druck auf die EU ausüben, damit diese gentechnisch verändertes Saatgut zulässt. Oder die Lobbyisten der Lebensmittel- und Getränkeindustrie, die strengere Regeln für Lebensmittel blockieren möchten.



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl e.V. - Initiative für Transparenz und Demokratie

Friedrichstr. 63 50676 Köln

www.lobbycontrol.de

